MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1922

400 (1.9.1922) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-205222

Freitag, 1. September. Mittag-Ausgabe. 1922. — Nr. 400

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gebracht Mark 150.—. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 450.—. Einzelnummer Mk. 4.00. Postscheckkonto Nr. 17390 Karlsruhe in Baden und Nr. 5917 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E 6, 2. Geschäfts-Nebenstelle Lindenhofstraße, Waldhofstraße Nummer 6. Fernsprecher Nummer 7040, 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile Mk. 20.—. Stellengesuche und Familien-Anzeigen 20% Nachlaß. Reklamen Mk. 60.—. Annahmeschluß: Mittagblatt vorm. 8½ Uhr, Abendbl. nachm. 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmt. Tagen, Stellen u. Ausgaben w. keine Verantwortg. übern. Höhere Gewalt, Streike, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu kein. Ersatzansprüchen f. ausgef. oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Der Beschluß der Reparationskommission.

Abermalige Verschiebung der Entscheidung. — Neuer Schwebezustand.

Die Pariser Note.

Ablehnung des Zahlungsaufschubs. — Keine Antwort auf die deutschen Vorschläge.

WB. Berlin, 31. August.

Die Reparationskommission hat der deutschen Kriegslastenkommission heute abend mit folgender Note die von ihr in der Reparationsfrage getroffene Entscheidung übersandt:

Die Reparationskommission beehrt sich, anliegend der deutschen Regierung ihre Entscheidung Nr. 2119 als Erwiderung des Schreibens zu übersenden, welches der Reichskanzler an sie am 12. Juli gerichtet hatte.

Da die Reparationskommision die von der deutschen Regierung beantragte Stundung nicht bewilligen zu sollen geglaubt hat, hat sie es nicht für angezeigt erachtet, sich im Augenblick über die von der deutschen Regierung in Betracht gezogenen Vorschläge zu äußern, welche die genaue Ausführung der von der Reparationskommission vorgeschriebenen Kohlen- und Holzlieferungen sichern sollen. Die Reparationskommission behält sich aber das Recht vor, die Inkraftsetzung ähnlicher Abmachungen, wie die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen zu fordern, wenn in Zukunft die Kohlen- und Holzlieferungen nicht in zufriedenstellender Weise ausgeführt worden sind.

Der Wortlaut der Entscheidung.

Die Reparationskommission, welche über das neue Stundungsgesuch vom 12. Juli 1922 Beschluß zu fassen hatte, entschied in der Erwägung, daß das Reich sowohl jeden inneren wie äußeren Kredit verloren hat und daß die Mark sich fortgesetzt bis auf drei Tausendstel ihres Wertes entwertet hat, wie folgt:

1. Sie verschiebt die Beschlußfassung über das eingereichte Gesuch des Reiches bis zum Zeitpunkt, wo sie den Entwurf einer durchgreifenden Reform der öffentlichen Finanzen Deutschlands fertiggestellt hat. Diese soll mit sich bringen:

a) das Gleichgewicht des Budgets,

b) falls die in der Reparationskommission vertretenen Regierungen ihre vorherige Zustimmung geben, die etwaige Ermäßigung der äußeren Lasten Deutschlands in dem Maße, das zur Wiederherstellung seines Kredites für notwendig erachtet werden sollte,

c) die Währungsreform,

d) die Ausgabe äußerer und innerer Anleihen zwecks Befestigung der Finanzlage.

2. Um für die Vorbereitung und die Ausführung der in Ziffer 1 in Aussicht genommenen Maßnahmen die notwendige Zeit zu gewähren, wird die Reparationskommission als Bezahlung der am 15. August und 15. September 1922 fällig werdenden Barzahlungen und, sofern nicht in der Zwischenzeit andere Abmachungen getroffen sein sollten, der folgenden, zwischen dem 15. Oktober und dem 15. Dezember 1922 fällig werdenden Barzahlungen deutsche Schatzbonds annehmen, welch binnen sechs Monaten in Gold zahlbar und mit Garantien ausgestattet sein sollen, hinsichtlich deren die deutsche Regierung und die belgische Regierung, welcher diese Zahlungen zugewiesen sind, sich ins Einvernehmen zu setzen haben, oder die mangels eines entsprechenden Einvernehmens durch ein Golddepot in einer ausländischen Belgien genehmen Bank sichergestellt werden sollen.

*

Die Reparationskommission hat ihre Entscheidung getroffen, indem sie den belgischen Kompromißvorschlag einstimmig angenommen hat. Darnach wird das Gesuch um Zahlungsaufschub abgelehnt. Frankreich und Belgien haben gegen, England für ein bedingungsloses Moratorium gestimmt, Italien hat sich der Stimme enthalten. Der belgische Antrag sieht vor, daß Deutschland vorläufig keine Barzahlungen zu leisten hat, sondern in Gold zahlbare Bonds mit einer Laufzeit von einem halben Jahr ausgibt. Ueber die Garantien hat es mit Belgien allein zu verhandeln. Ob die deutsche Regierung auf diese Regelung eingehen kann, wird wesentlich von den Erklärungen abhängen, die Belgien in bezug auf die Finanzreform und die Garantien erheben wird. Jedenfalls ist durch diesen Beschluß die Reichsregierung in eine prekäre Lage gebracht, was sie tun soll.

Nach einer Information, die dem Berliner Lokalanzeiger von zuständiger Seite zugegangen ist, hält man in Regierungskreisen die Entscheidung der Kommission für eine Verlegenheitslösung. Das Hauptproblem, nämlich die Bewilligung des deutschen Moratoriumsgesuches und der sofortige Eintritt in die auf eine allgemeine Lösung hinzielenden Verhandlungen sei nicht gelöst worden. Aus dem Beschluß der Reparationskommission gehe jedoch hervor, daß man sich der Ansicht nicht verschließen konnte, daß Deutschland einfach nicht zahlen könne. Es sei nicht zu bestreiten, daß der Beschluß auch günstige Momente aufweise, vor allem ergebe sich die Tatsache, daß Frankreich noch in letzter Stunde den Weg der Gewalt vermieden habe. Das eine scheine festzustehen, daß der Beschluß aus dem Wunsche heraus diktiert worden sei, einen endgültigen Bruch zu vermeiden. Das große Ziel der Reichsregierung sei gewesen, ein Moratorium zu erhalten bis zu einem Augenblick, in dem die gesamte Regelung des ganzen Reparationskomplexes eintrat. Man müsse sich vorstellen, daß am Ende des Jahres, und zwar unter Anteilnahme Amerikas, nochmals die gesamte Reparationsfrage aufgerollt werde, und zwar gleichzeitig mit der Wiederaufrollung der Frage der internationalen Anleihe. So läuft das Etwas, das wir gewonnen haben, im wesentlichen auf einen Zeitgewinn hinaus und auf die allerdings zeitig stark begrenzte Befreiung von Pression mit Gewaltmaßnahmen. Insofern hat die Gewaltpolitik Poincares nicht gesiegt. Aber im Effekt ist das Ganze, wie ein Berliner Blatt schreibt, nur „Moratoriumsersatz". Und die Vorzüge des Ersatzes sind immer fragwürdiger Natur! Wie weit es für Deutschland einen Gewinn bedeutet, daß es allein mit Belgien zu tun hat, kann jetzt noch nicht beurteilt werden; ebensowenig, ob die Abreise Bradburys nach Ablehnung des englischen Vorschlages mehr ist als eine Geste oder weniger als der Rückzug Englands.

Eine Sorge erhebt sich aber sofort und beleuchtet die ganze ungeklärte Lage blitzhell. Für die Schuldverschreibungen, die in Gold bezahlt werden sollen, fehlt heute die Deckung und ganz ohne Zweifel wird diese Deckung in 6 Monaten ebenfalls fehlen. Sie setzen eine Kreditfähigkeit Deutschlands voraus, dessen vollständige Kreditunfähigkeit in dem Wortlaut der Entscheidung ausdrücklich festgelegt ist. Daraus ist auch deutlich zu ersehen, daß diese Entscheidung keine Entscheidung ist, sondern eine weitere Vertagung, eine Verlängerung des Schwebezustandes, ein weiteres Wartenlassen. Und Deutschland wär' allein mit einer klaren unzweideutigen Entscheidung zu helfen. So ist für den Augenblick weniges gewonnen, aber am Ende der Galgenfrist erhebt sich von neuem der Schatten des stoßbereiten Schlacht- und Schlächterschwertes, das Poincare vorübergehend gesenkt hat.

Lohnt es sich da, Hoffnungen zu hegen, es könnte auf der Herbstkonferenz unter aktiver Teilnahme Amerikas und Beteiligung Deutschlands wirklich im Zusammenhang mit der Regelung des interalliierten Schuldenausgleichs eine Herabsetzung der Reparationslasten endgültig beschlossen werden?

Der Verlauf der Sitzungen.

)(Berlin 1. Sept. Ueber den Verlauf der entscheidenden Sitzung wird aus Paris berichtet: Die ersten Vormittags- und Nachmittagssitzungen seien durch private Besprechungen erfüllt gewesen. Dubois hatte eine Unterredung mit Poincare. Vor der offiziellen Abstimmung gab „Intransigeant" von den Verhandlungen eine Darstellung, nach der man nach der Vormittagssitzung eine gewisse Hoffnung hatte, zu einem einstimmigen Beschluß zu kommen. Der französische und belgische Vertreter hatten sich auf folgendes Programm geeinigt:

Das deutsche Moratorium wird abgelehnt, und zwar mit der belgischen und französischen Stimme gegen die italienische und englische, sodann aber wurde mit drei Stimmen bei Stimmenthaltung von Dubois beschlossen, daß Deutschland in diesem Jahre 270 Millionen Goldmark zu bezahlen hätte. Deutschland werde ermächtigt, diese Zahlungen in Schatzwechseln zu erledigen, die nach sechs Monaten fällig sein sollten. Diese Angelegenheit würde von den Belgiern direkt mit Deutschland geregelt werden. Falls Deutschland nicht in der Lage sein sollte, die Wechsel am Verfalltag einzulösen, würden Belgien andere Garantien gegeben werden. Ferner hat Deutschland den übrigen Alliierten Garantien zu geben, hauptsächlich Verträge hinsichtlich der Holz- u. Kohlenlieferungen und die Uebergabe von 50 Millionen Goldmark als Garantie für die pünktliche Lieferung. Eine Ablehnung dieser Bedingungen durch Deutschland würde den Beschluß zur Folge haben, daß eine absichtliche Verfehlung Deutschlands vorliege, worauf Poincare die Zustimmung aller Alliierten zu Sondermaßnahmen gegen Deutschland erhalten würde.

⊡ Berlin, 1. Sept.

Nach einer Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung" aus Paris verlief die gestrige Nachmittagssitzung sehr stürmisch. Um 5½ Uhr erschien es fast sicher, daß die Kommission sich auflösen werde. Zu Beginn des zweiten Teils der Sitzung hielt der englische Delegierte eine Rede, die Dubois sichtlich beeinflußte, Bradbury sagte, daß er den Auftrag habe, die Kommission zu verlassen und daß er die Verantwortung hierfür Frankreich überlassen müsse; denn er glaube, daß Frankreich durch seine Haltung das einzige Organ zerstöre, das noch Aussicht habe, die Probleme des Versailler Vertrages lösen zu können. Dubois beantragte hierauf eine Unterbrechung der Sitzung und eilte zu Poincaré. Nach der Rückkehr erklärte er, Poincaré, der bisher immer nein gesagt habe, habe nach seinem letzten Besuch bei ihm erklärt: Ich nehme an, wenn man vorher über den englischen Vorschlag abstimmt und ihn ablehnt. Darauf wurde, um Poincaré Genugtuung zu geben, zunächst über den englischen Vorschlag abgestimmt und dieser von Frankreich und Belgien abgelehnt, während sich Italien der Abstimmung enthielt. Daraufhin wurde über den belgischen Vorschlag abgestimmt. Vorher wurde Dubois befragt, ob er dafür garantieren könne, daß Poincaré nicht nur die Entscheidung der Reparationskommission annehme, sondern daß er auch auf alle Komplikationen verzichten würde, worauf Dubois versicherte, daß die Instruktionen Poincarés diese Zusicherungen enthalten. Nach Annahme des belgischen Vorschlags erklärte Bradbury, er habe von Lloyd George den Auftrag, sofort nach London zurückzukehren, wenn der englische Vorschlag abgelehnt worden sei, und da er noch keine Gegenordre empfangen habe, müsse er die Kommission verlassen und nach London zurückkehren.

In einer Drahtung des „B. T." wird noch berichtet: Der amerikanische Delegierte, der den Verhandlungen beiwohnte, hätte mehrfach in die Debatte eingegriffen und in persönlichen Besprechungen die einzelnen Delegierten beschworen, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Institution der Reparationskommission intakt zu erhalten.

Der Berichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" meint, die Entscheidung käme auch nicht entfernt den berechtigten Forderungen Deutschlands entgegen, sei aber immerhin geeignet, die allgemeine Spannung für den Augenblick zu lösen. Die Pariser maßgebenden deutschen Kreise verschlossen sich durchaus nicht dem ungeheuren Ernst der augenblicklichen Lage. Staatssekretär Schröder beabsichtigt heute früh nach Berlin zurückzukehren. In englischen Kreisen sei man optimistisch und hoffe bestimmt über die verlangten Garantien für die sechsmonatigen Schatzanweisungen in Deutschland rasch zu einer Entscheidung zu kommen. Man mache dort kein Hehl daraus, daß die Bradbury'sche Beeinflussung der Entscheidung aufgrund seiner Berliner Reise nicht hoch genug anzuschlagen sei. In amerikanischen Kreisen glaubt man, in der Zwischenzeit das gesamte Reparationsproblem auf der neuen Grundlage wieder aufzurollen, um damit die Möglichkeit zu schaffen, die von dem Bankierausschuß für die geplante Anleihe erforderlichen Garantien zu finden.

Eine französische halbamtliche Erläuterung des Beschlusses.

WB. Paris, 31. August. Die Agentur Havas veröffentlicht folgende Erläuterung zu dem heutigen Beschluß des Wiedergutmachungsausschusses:

Die Entscheidung des Wiedergutmachungsausschusses wird in den französischen politischen Kreisen im allgemeinen günstig beurteilt. Die Auffassung geht dahin, daß sie, wenn nicht in ihrer Gesamtheit, so doch in ihren wesentlichen Punkten den vom Ministerpräsidenten Poincaré ständig vertretenen Thesen entspricht. Durch die Ablehnung des Antrages des britischen Vertreters und den darauf gefaßten Entschluß, die Entscheidung über das von Deutschland ausgesprochene Moratoriumsersuchen aufzuschieben, hat der Ausschuß in 2 aufeinander folgenden Abstimmungen entsprechend den ständigen Erklärungen des Ministerpräsidenten Poincaré anerkannt, daß es unmöglich ist, dem Verlangen der deutschen Regierung zuzustimmen. Demnach ergibt sich unter Vorbehalt gewisser Bedingungen bezüglich der Zahlungen, über die der Wiedergutmachungsausschuß berechtigt wäre zu entscheiden, folgende Lage:

Deutschland wird verpflichtet sein, die vorgesehenen Zahlungen binnen einer sehr kurzen Frist zu leisten. Wenn es sich dieser Verpflichtung entziehen sollte, würde der Ausschuß genötigt sein, eine absichtliche Nichterfüllung festzustellen, die den Alliierten das Recht geben werde, einzeln oder in ihrer Gesamtheit zu Zwangmaßnahmen zu schreiten. Somit erscheinen bei einer ersten Prüfung die Rechte Frankreichs und seine vollständige Handlungsfreiheit in der Zukunft gewahrt. Es wurden einige Vorbehalte bezüglich verschiedener Punkte der von dem Wiedergutmachungsausschuß angenommenen Entschließung gemacht, die infolge ihres Mangels an Deutlichkeit eine genaue Prüfung erfordern.

Der Wortlaut des Beschlusses ist am Abend dem Ministerpräsidenten Poincaré mitgeteilt worden. Dieser wird ihn morgen dem unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand im Elysée einberufenen Ministerrat unterbreiten. Poincaré hat es formell abgelehnt, seine Ansicht kundzugeben, bevor er sich nicht mit seinen Ministerkollegen besprochen und sich mit ihnen über die Richtlinien geeinigt hat, die angesichts der getroffenen Entscheidung des Wiedergutmachungsausschusses zu befolgen sind. Ueber diesen Punkt wird also erst morgen Klarheit zu erlangen sein.

Eine Darstellung Dubois.

WB. Paris, 31. August. Der Vorsitzende des Wiedergutmachungsausschusses Dubois empfing nach Schluß der heutigen Sitzung des Wiedergutmachungsausschusses die französischen Pressevertreter und erläuterte ihnen dessen Entscheidung. Er wies zunächst daraufhin, daß Bradbury, der ursprünglich für die Gewährung eines bedingungslosen Moratoriums für das Jahr 1922 und für ein von Bürgschaften begleitetes Moratorium für die Jahre 1923 und 24 eintrat, nur noch den ersten Teil seines Auftrages aufrecht erhalten habe. Dieser wurde mit 3 gegen 1 Stimme abgelehnt, insofern, als nach dem Wortlaut des Friedensvertrages die Stimmenthaltung des italienischen Vertreters einer Ablehnung entspreche. Nach dieser Abstimmung habe der Vertreter Belgiens, der besonders an den deutschen Zahlungen interessiert sei, den Vorschlag gemacht, die Bedingungen festzusetzen, nach denen Deutschland zu bezahlen habe. Danach solle Deutschland dem Wiedergutmachungsausschuß Schatzwechsel in Goldwert und mit 6monatlicher Laufzeit überweisen, die von wesentlichen Bürgschaften zu stützen wären. Diese Schatzscheine wären Belgien zu übergeben, das auf diese Weise einen Teil seiner Prioritätsforderungen befriedigen könne. Auf seine, Dubois, Anregung habe der belgische Vertreter ausdrücklich erklärt, daß es sich um tatsächlich zu bewirkende Zahlungen handle, und daß Belgien von diesen Schatzscheinen Gebrauch machen werde. Belgien werde diese Schatzscheine die entweder durch eine Goldhinterlegung oder ein anderes zwischen Belgien und Deutschland zu treffendes Abkommen verbürgt werde, tatsächlich diskontieren können. Würde Deutschland die gefor-

MARCHIVUM

derten Bürgschaften verweigern, so würde der Wiedergutmachungsausschuß auf Grund des Friedensvertrages berechtigt sein, den Alliiertenmächten eine absichtliche Zahlungsverweigerung Deutschlands bekannt zu geben und diese würden dann die notwendigen Zwangsmaßnahmen beschließen. Somit habe 1) der Ausschuß das Moratorium abgelehnt und 2) einen Antrag angenommen, durch dessen Durchführung Geld erhalten werde. Außerdem habe sich der Ausschuß die Vorschläge der deutschen Regierung über die Verbürgung der Kohlen- und Holzlieferungen zu eigen gemacht und die deutsche Regierung benachrichtigt, falls die Naturallieferungen nicht genau eingehalten werden würden, sei das Recht vorbehalten, die in Kraftsetzung ähnlicher Abmachungen zu fordern. Die Annahme des von ihm (Dubois) genauer angegebenen belgischen Vorschlags sei darauf einstimmig erfolgt.

Die Abmachung, die somit nach langen mühsamen Verhandlungen im Schoß des Ausschusses erreicht worden sei, sei umsomehr zu begrüßen, als sie, wie er mit Befriedigung feststelle, dem von den Urhebern des belgischen Vorschlags kundgegebenen Wunsche entspreche, die sich besonders um die Beseitigung der bisherigen Schwierigkeiten bemüht hätten, um den alliierten Mächten zu ermöglichen, in alle Zukunft und in aller Ruhe die allgemeine Regelung des Problems der Wiedergutmachungen und der alliierten Schulden vorzunehmen. Nach französischer Auffassung müsse die erreichte Lösung, durch die das Moratorium abgelehnt, und die wichtige Frage der Pfänder und Bürgschaften zurückgestellt worden sei, eine allgemeine Erleichterung hervorrufen. Dubois sagte, er hoffe somit das französische Volk und die französische öffentliche Meinung zu dem heute erreichten Ergebnis beglückwünschen zu können.

Belgien und die Verhandlungen.

)(Berlin, 1. Sept. Wie der „Voss. Ztg." aus Paris gemeldet wird, wird dort von belgischer Seite erklärt, seitens der deutschen Kriegslastenkommission sei betont worden, man brauche acht Tage Zeit, um die Garantiefrage zu lösen. Belgien sei aber bereit, solange zu warten, und es sei fest davon überzeugt, daß sich die nötigen Operationen ohne Schwierigkeiten abwickeln werden.

Die ersten deutschen Pressestimmen.

)(Berlin, 1. Sept. Georg Bernhard bespricht in der „Voss. Ztg." den Beschluß der Reparationskommission, den er als eine Atempause für das deutsche Volk bezeichnet. Bernhard meint, die gefällte Entscheidung komme der Gewährung eines Moratoriums gleich. Der von der Reparationskommission gewählte Ausweg bedeute einen Sieg des belgischen Vermittelungsgedankens und damit im Grunde der Sache nach eine Niederlage Poincarés, der sich gegen diesen belgischen Plan bereits in den Vorverhandlungen heftig zur Wehr gesetzt hatte. Man darf wohl mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, meint Bernhard, daß durch den Spruch der Kommission zunächst einmal eine Pause der Beruhigung geschaffen worden sei, wenn sich auch im Augenblick noch nichts sagen lasse, wie lange diese Zeit währen wird. Mit der belgischen Regierung, die dem Fortschritt der Verhandlungen einen gewissen Dienst geleistet habe, werde man zweifellos zu einer Einigung über die verlangten Sicherheiten kommen.

Erich Dombrowski faßt im „B. T." das Urteil über die Pariser Entscheidung am Schlusse seines Leitartikels folgendermaßen zusammen: Noch sind wir nicht über den Berg und noch können die deutsch-belgischen Auseinandersetzungen große Schwierigkeiten in sich bergen. Noch ist vor allem das Reparationsproblem nicht auf einen vernünftigen Nenner gebracht. Aber die gestrige Entscheidung der Reparationskommission gibt der Welt doch wenigstens eine Atempause von einigen Monaten, in denen sie von neuem an die Lösung dieser Aufgaben herantreten kann. Im Herbst auf der großen internationalen Konferenz in Brüssel, so hoffen wir, wird man endlich aus all dem trüben Erfahrungen der letzten Vergangenheit lernen und die Reparationsfrage auf eine Grundlage stellen, die praktisch durchführbar ist. Bisher sind die Alliierten von Illusionen zu Illusionen geschritten. Allein die konsequente Erfüllungspolitik konnte der Entente schrittweise die Erkenntnis abringen.

Der Beschluß des Wiedergutmachungsausschusses bedeutet, wie der „Lokal-Anzeiger" meint, insofern eine Erleichterung, als der deutschen Regierung ermöglicht werde, den Ankauf von Devisen während ds. Js. zu vermeiden. Allerdings würden im nächsten Jahre, wenn bis dahin nicht das ganze Wiedergutmachungsproblem geregelt sei, um so größere Summen gefordert werden müssen. Ob Deutschland den Beschluß annehmen könne, werde im wesentlichen von den belgischen Bürgschaftsforderungen abhängen.

Die „Deutsche Tages-Zeitung" sieht den Kernpunkt darin, daß die Entente einen erheblichen Teil unseres Bankgoldes der letzten Reserve des deutschen Volkes in ihren Besitz bringen will. England habe Bedingungen zugestimmt, die von seinen eigenen Sachverständigen zweifellos als wirtschaftlicher Wahnsinn bezeichnet würde. Wahr bleibt nur, daß unser Moratoriumsgesuch abgelehnt ist und daß wir zahlen sollen, allerdings nicht in Devisen, sondern in Goldbarren.

Die Entscheidung des Wiedergutmachungsausschusses ist nach der „Kreuzzeitung" für jeden ehrlichen Mann unannehmbar. Die Reichsbank könne als ehrliche Bank jenem Ansinnen gar nicht Folge leisten. Die Hoffnung auf eine Lösung der Wiedergutmachungsfrage bis zum Ablauf des Jahres erscheint dem Blatt eitel. Es verlangt, daß die deutsche Regierung fest bleibe und keinen Druck auf die autonome Reichsbank ausübe.

Der „Vorwärts" sieht einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt darin, daß sich die deutsche Regierung unmittelbar mit der belgischen auseinander setzen würde. Es müsse jedoch im Auge behalten werden, daß das Moratorium nicht gewährt worden ist, sondern daß es sich nur um eine veränderte Form der Zahlungen handle. Wenn der in Aussicht gestellte Umschwung nicht eintrete, würden wir die Schuldverschreibungen in 6 Monaten nicht einlösen können. Ungemein wertvoll für Deutschland sei es jedoch, daß nunmehr der Wiedergutmachungsausschuß einstimmig die vollkommene Kreditunfähigkeit Deutschlands beglaubigt habe. Im großen Ganzen könne man von einer Entspannung sprechen.

Nach Ansicht der „Germania" bedeutet die Entscheidung ohne Zweifel eine Zahlungserleichterung, wenn auch nicht die Erhoffte. Im übrigen komme es auf die Bürgschaften an, die Belgien fordert.

Bemerkenswerte Ausführungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".

[·] Berlin, 1. Sept. (Von unserm Berliner Büro.) In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird an den Meldungen, die aus Paris über die Bemühungen des Herrn Schröder hier eingetroffen sind, bemängelt, daß in ihnen nur von den Verpflichtungen der deutschen Industrie, nicht aber von denen der Arbeiterschaft gesprochen wird. „Der Vorschlag der Industrie" sah unter anderm auch eine Art von Garantieren des Abkommens durch die Gewerkschaften vor. Verhandlungen haben mit den Gewerkschaftsführern stattgefunden, um die Bereitschaft der deutschen Arbeiter klar festzulegen, an der Durchführung des Abkommens mitzuarbeiten. Ob dabei die deutschen Arbeiterführer Bedingungen gestellt haben, und wie diese lauten, ist in der Oeffentlichkeit bisher nicht bekannt geworden. Die „Deutsche Allgem. Zeitung" verwahrt sich gegen eine Darstellung, nach der die Aktien der Industrie als Rettungsaktion für die gegenwärtige Regierung erscheinen könnte: „Es ist nötig, sehr deutlich auszusprechen, daß an dem Schicksal der Nation alles, an dem Schicksal des augenblicklichen Kabinetts nichts gelegen ist. Es hat das Vertrauen des Auslands nie besessen und das des Inlands längst verloren."

Deutschlands wirtschaftliche Not.

Ursachen — Folgen — Abwehr.

WB. Berlin, 31. Aug. Der wirtschaftspolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm eine Entschließung betreffend die Ursachen und Folgen des Verfalles der deutschen Währung und die zu seiner Bekämpfung anzuwenden Mittel einstimmig an. Es heißt:

Die Hauptursache des Zusammenbruches der Markwährung ist die immer wieder erneute Verzögerung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und einer angemessenen Regelung der Reparationsfrage mit ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen. Es ist für Deutschland unmöglich, mit seiner durch den Versailler Friedensvertrag so stark geschwächten Wirtschaftskraft die Passivität seiner Zahlungsbilanz zu überwinden und gleichzeitig außerordentlich hohe Leistungen an das Ausland auszuführen. Diese Auffassung wird gestützt durch den Beschluß der Konferenz von Genua über die Finanzfrage. Es wird außerdem an die Entschließung der Pariser Bankierkonferenz vom Juni 1922 erinnert, die ohne jeden Vorbehalt erklärte, daß eine Stabilisierung der Währung ohne endgültige Regelung der Reparationszahlungen und anderer öffentlicher Schulden unmöglich ist. Nachdrücklich und feierlich erhebt der Ausschuß, in dem alle Kreise der deutschen Wirtschaft, Unternehmer und Arbeiter vertreten sind, gegen die Behauptung Einspruch, die Markentwertung sei durch Maßnahmen der Regierung oder das Verhalten maßgebender Wirtschaftskreise bewußt herbeigeführt worden. Hält der Währungsverfall an, so bedrohen Arbeitslosigkeit und Nahrungsmittelnöte in großem Maßstabe das deutsche Volk. Das rapide Steigen der auswärtigen Wechselkurse macht die Versorgung Deutschlands mit den zur Aufrechterhaltung der industriellen Tätigkeit notwendigen Rohstoffen und den zur Befriedigung der städtischen Bevölkerung unbedingt erforderlichen Nahrungsmittel immer schwieriger.

Die Mittel zur Heilung der erkrankten deutschen Volkswirtschaft müssen den Krankheitsursachen entsprechen. Die Vorbedingung für das Gelingen der Maßnahmen zur Festigung des Markkurses ist ein Aufschub der Barzahlungen und Anpassung von Menge und Art der Sachlieferungen an die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft sowie der deutschen Zahlungsbilanz. Ein Moratorium soll durch die Wiederherstellung des deutschen Kredits eine internationale Anleihe an Deutschland ermöglichen, was nach Meinung der internationalen Sachverständigenkonferenz und der internationalen Bankwelt eine unerläßliche Voraussetzung zur endgültigen Lösung des deutschen Währungsproblems und der Reparationsaufgaben sei. Im einzelnen scheinen folgende Maßnahmen geeignet, von innen heraus die deutsche Währung zu kräftigen, wenn die äußere Hilfeleistung damit Hand in Hand geht:

Als Deckung des Bedarfs und zweckmäßigste Verwendung der Ernte fördernde Maßnahmen werden empfohlen: Unterstützung der Bestrebungen durch Lieferungsverträge zwischen den Erzeugern und unmittelbaren Verbrauchern sowie deren Organisationen die Kartoffelversorgung zu erleichtern und zu verbilligen und das Fernhalten aller überflüssigen Zwischenglieder wie Aufkäufer von Gemeinden, Werken und Betriebsräten vom Kartoffelmarkt. Der Verbrauch so zu beeinflussen, daß weniger lebensnotwendige oder gar überflüssige Verwendungszwecke erst Berücksichtigung finden, wenn die elementaren Bedürfnisse befriedigt sind.

Mit den schärfsten Mitteln ist aller überflüssige Luxuskonsum zu unterdrücken. Der Ausschank von Schnaps und Champagner in öffentlichen Lokalen sollte sofort verboten werden. Die beschämend hohe Zahl der Likörstuben, Bars, Dielen und Schlemmergaststuben ist durch zweckentsprechende Besteuerung und durch schärfere Handhabung der Konzessionserteilung und -Entziehung, gegebenenfalls auch durch Verbotsbestimmungen herabzudrücken. Wie der innere Verbrauch, so ist auch der Ein- und Ausfuhrhandel unter den Grundsatz zu stellen, daß aller entbehrliche Konsum zu verhindern ist.

Von der Steuergesetzgebung ist eine größere Einfachheit und Uebersichtlichkeit zu verlangen. Sie ist außerdem von der toten Last der übertrieben hohen Verwaltungsausgaben zu befreien.

Der Ausschuß weist darauf hin, daß gleichzeitig größte Sparsamkeit im Reichshaushalt, Ueberführung unproduktiver Kräfte zu produktiver Arbeitsleistung und Beseitigung des Defizits in den Staatsbetrieben erreicht werden müssen. Alle handels-, finanz- und währungspolitischen Maßnahmen zur Aufhaltung des Währungsverfalles müssen wirkungslos bleiben, wenn sie nicht von energischen Anstrengungen begleitet werden, den Kern des Uebels, soweit dies innerwirtschaftlicher Natur ist, zu beseitigen, nämlich den allzu geringen Betrag der deutschen Produktion auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens. Kein Vorurteil, kein Profitinteresse, kein politischer und kein wirtschaftlicher Glaubenssatz darf uns höher stehen als die Notwendigkeit, durch erhöhte Arbeitsleistungen das Volk und die Heimat vor dem Versinken in Elend, Unkultur und Versklavung zu retten.

Die Not der Presse.

Berlin, 31. Aug. Ihr Erscheinen haben neuerdings eingestellt: Die „Hallesche Morgenzeitung", das „Fuldaer Tageblatt" und die „Leipziger Gerichtszeitung".

Hamburg, 31. Aug. Die älteste Cuxhavener Zeitung, das bereits im 90. Jahrgang erscheinende „Cuxhavener Tageblatt" sieht sich gezwungen, zum 1. September sein Erscheinen einzustellen.

[·] Berlin, 1. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Die „Tägliche Rundschau" ist heute in ihrem neuen Gewande erschienen, d. h., in den Text und das Format der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" sind ein paar Beiträge der leitenden Redakteure der „Täglichen Rundschau" eingefügt und am Kopfrande in veränderter Form das bekannte Bild der „Täglichen Rundschau".

Die Kohlenpreiserhöhung.

WB. Berlin, 31. Aug. Der ungeheuerliche Sturz der Mark in den letzten Wochen hat eine Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. September in nicht minder enormem Ausmaße notwendig gemacht. Nachdem für den Bergbau in der vorigen Woche teils durch eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, teils durch Schiedsspruch Lohnerhöhungen festgesetzt wurden, die die bisherigen Löhne der Bergarbeiter vom 1. September ab verdoppeln und in manchen Revieren sogar mehr als verdoppeln, haben der Reichskohlenverband und der Große Ausschuß des Reichskohlenrates in ihrer Sitzung vom 30. August für alle Bergbaubezirke erhebliche Preissteigerungen beschließen müssen. Durch die Preissteigerungen sind nicht nur die neuen Lohnerhöhungen abzugelten, sondern auch sonstige Unkosten des Bergbaues, vornehmlich also die erheblich gestiegenen Kosten an Material.

Es stellte sich heraus, daß infolge der der Lohnerhöhung erheblich vorauseilenden Erhöhung der Materialpreise die am 1. Juli und 1. August vorgenommenen Kohlenpreiserhöhungen nicht ausreichend gewesen sind, um die Selbstkosten des Bergbaues zu decken. Es war daher notwendig, für die Abgeltung der Materialkosten einen höheren Betrag als bisher einzusetzen. Auch ist eine Verdreifachung der im Kohlenpreis enthaltenen Beträge für den Bau von Bergarbeiterwohnungen notwendig geworden, die den Treuhandgesellschaften in bescheidenem Umfange die Fertigstellung bereits begonnener Wohnungsbauten ermöglichen. Obwohl alle bei der Beschlußfassung Beteiligten sich der nachteiligen Einwirkung der beantragten Kohlenpreissteigerungen auf unser gesamtes Wirtschafts- und Volksleben bewußt waren, so ist doch andererseits anerkannt worden, daß es gerade jetzt dringend notwendig sei, den Bergwerksunternehmungen die im Interesse ihrer Erhaltung erforderlichen Geldmittel rechtzeitig und ausreichend zuzuführen. Die Beschlüsse wurden daher nahezu einstimmig gefaßt und von dem Vertreter der Reichsregierung nicht beanstandet. Die Verkaufspreise ab Werk je Tonne sind wie folgt erhöht worden:

Fettförderkohle des Rheinisch-westfälischen Steinkohlensyndikats um 2053 M.
Niederschlesische Steinkohle durchschnittlich um 2503 M.
Sächsische Steinkohle durchschnittlich um 4066 M.
Mitteldeutsche und ostelbische Rohbraunkohle um 372 M, mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenbriketts um 2234 M.
Rheinische Rohbraunkohlen um rund 400 M.
Rheinische Braunkohlenbriketts um 1449 M.

Die Fraktionsführer beim Reichskanzler.

)(Berlin, 31. Aug. Der Reichskanzler empfing heute nachmittag im Beisein der sämtlichen in Berlin anwesenden Reichsminister die Führer der Reichstagsfraktionen, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums, der Bayrischen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen Sozialdemokraten, um sie über die außenpolitische Lage und insbesondere die Verhandlungen zu unterrichten, die in Berlin zwischen der Reichsregierung und Mitgliedern der Reparationskommission geführt wurden. Im Anschluß an den Vortrag des Reichskanzlers machten die Minister Schmidt und Hermes ergänzende Mitteilungen. Nach kurzer Aussprache wurde, da abschließende Ergebnisse aus Paris noch nicht vorlagen, die Fortsetzung der Besprechungen auf morgen vertagt.

Der bayerische Innenminister an den Ordnungsblock.

§ München, 31. Aug. Die Führer des bayerischen Ordnungsblockes hatten, wie gemeldet, am 25. August einen offenen Brief an den bayerischen Minister des Innern Dr. Schweyer gerichtet, der an der Handlung des Ministers zur Frage der Schutzgesetze Kritik übte und auch gewisse Drohungen gegen die Regierung enthielt. Darauf veröffentlicht nunmehr der Minister des Innern eine offene Antwort in der „Bayerischen Staatszeitung", in der er u. a. feststellt, das in den Besprechungen mit dem Reich Erreichte stelle kein Kampfobjekt von solcher Bedeutung dar, daß der Kampf deswegen als staatsnotwendig fortgeführt werden müßte. Die Rücksicht auf die ungeheuerliche außenpolitische Not des Vaterlandes erfordere eine Zusammenfassung aller Kräfte zu einheitlichster Abwehr. Außerhalb Bayerns, aber auch von den weitesten Kreisen innerhalb Bayerns, wäre es nicht verstanden worden, wenn bei solcher Lage der Dinge der Kampf fortgeführt worden wäre. Die bayerische Staatsregierung sei überzeugt, daß die Schutzgesetze an ihrer eigenen Unnatur und an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes zugrunde gehen werden. Bis dahin wären ihnen die schlimmsten Giftzähne ausgebrochen. Auf die Vorwürfe, daß die Abmachungen einen Umfall vor Berlin bedeuteten, ein weiteres Wort zu sagen, lehnt der Minister ab. Was er zu tun und zu lassen habe, werde ihm einzig und allein durch seine Pflicht diktiert und sonst von nichts und von niemand.

Ob die dem bekannten Verbot anheim gefallene Versammlung auf dem Königsplatz so spontan entstanden sei, wie behauptet werde, lasse er dahingestellt. Aufgrund einwandfreier Angaben, so fährt der Brief fort, wird behauptet, daß man die Teilnehmer von auswärts geworben habe, die auf der Reise nach München nicht wußten, wofür sie in München von den Drahtziehern gebraucht werden sollten. Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, daß das bayerische Volk mit dieser Demonstrationsversammlung identisch ist und lehne es mit aller Bestimmtheit ab, von solchen Versammlungen „Weisungen" entgegen zu nehmen. Wohin käme die Regierung, und wohin das Land und unser armes Volk, wenn die Regierung dem Druck der Straße nachgeben würde?

Zum Schluß bemerkt der offene Brief, daß der Ordnungsblock nicht berechtigt ist, die von ihm in Bewegung gesetzten Massen immer wieder als „das Volk" zu bezeichnen, umsomehr als nicht einmal alle von ihm genannten Kreise dieses Vorgehen billigten. Es stehe einwandfrei fest, daß verschiedene dieser Organisationen von dem Vorgehen nichts gewußt haben und Widerspruch dagegen erhoben. Die Regierung wird keiner Gewalt nachgeben sie mag kommen, woher sie will. Halten Sie den Landtag nicht mehr für den getreuen Ausdruck des Volkswillens, so enthält die Verfassung die Mittel, dem abzuhelfen.

Die deutsche Volkspartei mahnt zur Einigkeit.

§ München, 30. Aug. Der Wahlkreisvorstand von Oberbayern und Schwaben der Deutschen Volkspartei in Bayern, der die Auffassung der gesamten Partei im Lande vertreten dürfte, faßte nach eingehender Besprechung der politischen Lage folgenden Beschluß:

Die Deutsche Volkspartei erachtet es angesichts der politischen und angesichts der wirtschaftlichen Not für ihre Pflicht, alle Volksgenossen vor unüberlegten Schritten zu warnen und zu festem und einigem Zusammenstehen zu mahnen. Im Interesse von Bayern und Reich muß es mit innerem Zank und Streit und mit zwecklosen, lediglich die Leidenschaft aufpeitschenden Straßenkundgebungen jetzt ein Ende haben.

Der Völkerbund und Oesterreich.

WB. Genf, 31. August. Der Völkerbundsrat beschloß, in der ersten Sitzung seiner ordentlichen Tagung noch nicht in die Aussprache für die österreichische Krise und die etwaigen Hilfsmaßnahmen einzutreten, sondern zunächst das Finanzkomitee des Völkerbundes, das bereits früher diese Fragen bearbeitet hat, mit der Abfassung von Vorschlägen zu betrauen. Am Mittwoch sollte dann, auch wenn der Finanzbericht noch nicht vorliegen sollte, der Rat die von Oesterreich nach Genf entsandten Vertreter hören, namentlich den Finanzminister Grünberger und den Völkerbundsdelegierten Grafen Mensdorff, die auch schon bisher der Sitzung beiwohnten. Der Rat beabsichtigt, auch im Verlauf der weiteren Besprechungen in enger Fühlung mit den österreichischen Abgesandten zu bleiben.

In der kurzen Rede, die der Präsident des Rates, Da Gama, den Verhältnissen in Oesterreich widmete, erklärte er, daß es die Aufgabe des Rates sei, zunächst das Problem zu studieren und einen Bericht über die beängstigende Lage zu erstatten, um dann festzulegen, ob und unter welchen Bedingungen es ihm möglich ist, an der Lösung des Problems mitzuarbeiten. Er wies darauf hin, daß den früheren Vorschlägen des Finanzkomitees zur Wiederaufrichtung Oesterreichs keine Folge gegeben wurde, und daß seitdem die Lage dieses Landes bedeutend ernster geworden sei.

Der italienische Kredit.

WB. Rom, 31. August. Nach einer Stefanimeldung ist bei der heutigen Unterredung des italienischen Schatzministers mit dem österreichischen Delegierten Dr. Schüller über die Ausführung des Gesetzes betreffend des italienischen Beitrages zu dem Oesterreich zu gewährenden Kredit, eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Der Schatzminister verwies Schüller an den Generaldirektor des Schatzamtes, Conti Rossini, damit dieser die erforderlichen Maßnahmen ins Werk setze. Im übrigen vervollständigte Schüller seine Darlegungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Oesterreichs und gab die vom Schatzminister verlangten Aufklärungen. Dieser wird nun das ihm von Schüller unterbreitete Material mit seinen zuständigen Kollegen prüfen, um es dann dem Ministerrat vorzulegen. Vor seiner Abreise wird Schüller mit dem Generaldirektor der Zölle, Luciolli, und dem Generaldirektor des auswärtigen Handels, Dinolo, eine Unterredung haben, um die durch die italienische Ministerkrise unterbrochenen Handelsbesprechungen wieder anzuknüpfen.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Donnerstag, den 31. August 1922.

Nahezu einstimmige Bewilligung der 10prozentigen Umlage auf Liegenschafts- und Betriebsvermögen.

Solange wir zurückdenken können, stand noch niemals auf der Tagesordnung einer Bürgerausschußsitzung nur ein Punkt. Dieser eine Gegenstand, die Erhebung einer vorläufigen Gemeindesteuer von 10 ℳ aus je 100 ℳ Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens, ist aber von so schwerwiegender Bedeutung für die dafür in Betracht kommenden Steuerzahler, daß er eine umfangreiche Tagesordnung aufwog. Das Kollegium bewältigte zur Beratung volle zwei Stunden. Die Redner sämtlicher Fraktionen wiesen in ihren Betrachtungen, die sich mit einer Ausnahme durch anerkennenswerte Kürze auszeichneten, auf die finanzielle Tragweite dieser nur vorläufigen 10prozentigen Steuer hin, konnten aber begreiflicherweise keinen Ausweg zeigen, der diese dauernde enorme Belastung des weitaus größten Teiles der Mannheimer Bevölkerung erträglicher gestaltet hätte. Und so blieb schließlich nichts anderes übrig, als den stadträtlichen Antrag anzunehmen. Nur der Kommunist Horst, der als einziger des radikalsten Fraktionchens erschienen war, und die kommunistische Stadträtin Maue stimmten dagegen.

Als die Sitzung um 4.20 Uhr eröffnet wurde, waren 71 Mitglieder anwesend. Nach kurzer Begründung der Vorlage durch den Obmann des Stadtverordnetenvorstandes, Herrn Fuhs, ergriff als erster Fraktionsredner Stv. Moses (Deutschlib.) das Wort, um folgendes auszuführen: Ueber die Notwendigkeit dieser Umlage ist nicht viel zu sagen, wohl aber über die Art, wie diese Vorlage eingebracht wurde. Diese Vorlage belastet die Liegenschaften mit 37% des Mieteinganges, und zwar rückwirkend ab 1. April. Woher sollen die Hausbesitzer diese Summen nehmen? Es wird nur in den seltensten Fällen möglich sein, diese Beträge von den Mietern einzuholen. Warum ist von der Stadtverwaltung nicht schon früher auf die Tatsache des hohen Steuerbetrages hingewiesen worden? Das Gegenteil geschah! Vor einigen Wochen erließ der Oberbürgermeister eine amtliche Bekanntmachung zum Vollzug des Reichsmietengesetzes, in der die Umlage auf 1,8% des Steuerwertes angegeben wurde. Hier war ein großer Mangel an Weitblick vorhanden, sonst wäre solch eine falsche Unterrichtung der Einwohnerschaft und Interessenten nicht zu verstehen. Genau so liegt es aber bei der Besteuerung der Betriebsvermögen. In der Vorlage wird beschlossen, die Umlage nach den Betriebsvermögen des Jahres 1919 zu erheben. Also richtet sich jedermann bei Kalkulation der Preise darnach ein. In Wirklichkeit ist doch geplant, durch eine Nachtragsvorlage auch die heutigen gewerblichen Betriebsvermögen mit 10% zu erfassen. Jeder Gewerbetreibende erhält also eine Nachforderung, die höher wird als die erste Anforderung, die seinen Umsatz mit etwa 2—3% belastet. Woher soll der Handwerker und Händler für die zurückliegende Zeit seine nachträgliche Belastung decken? Hier liegt eine Rücksichtslosigkeit der Stadtverwaltung vor, die schon oftmals von uns gerügt wurde. Es wird daher hohe Zeit, daß die Stadtverwaltung endlich die Fühlung mit der Einwohnerschaft sucht, die ihr bisher abgeht.

Stv. Scheel (Dem.) bemerkte einleitend, daß mit dieser Vorlage den weitesten Kreisen der Bevölkerung eine sehr starke Belastung zugemutet werde. Nur weil man sich in einer Zwangslage befinde, sei man gezwungen, für die Vorlage zu stimmen. Der Redner ging dann in etwas zu breiter Weise darauf ein, wie diese Zwangslage entstanden ist, wobei er vornehmlich die Steuerpolitik des Reiches dafür verantwortlich machte, die die Gemeinden in eine wahrhaft katastrophale Finanzlage gebracht hat. Die Bewilligung der Vorlage sei in der Tat eine vorherige Bewilligung des künftigen Budgets. Die neue Belastung sei um so schlimmer, weil sie für die weitesten Kreise unvorbereitet komme. Der Redner begründete in seinen weiteren Ausführungen folgenden Antrag seiner Fraktion:

„Angesichts der Tatsache, daß der Bürgerausschuß sich heute wegen der finanziellen Notlage der Stadtgemeinde gezwungen sieht, eine Umlage auf das Liegenschafts- und Betriebsvermögen von 10% auf den Steuerwert zu beschließen, damit die Stadtverwaltung in der allernächsten Zeit ihre laufenden Verpflichtungen einlösen kann, fordert der Bürgerausschuß den Stadtrat auf, im Verein mit anderen Gemeinden in Reich und Land

1. seine Bemühungen mit allem Nachdruck fortzusetzen, daß den Gemeinden die selbständige Erhebung von Zuschlägen zu den Steuern in einem Maße und einer Weise ermöglicht wird, durch welche eine geordnete finanzielle Selbstverwaltung ebenso wie eine gerechte Lastenverteilung auf die Gemeindebürger gewährleistet wird;

2. sich in Verhandlungen und vor der Oeffentlichkeit mit wohlbegründeter Entschiedenheit zur Wehr zu setzen gegenüber der Nichtachtung, mit welcher die Vorstellung und Vorschläge der Städte von Regierung und Landtag seit langem behandelt werden."

Stv. Dr. Moekel, der namens der Zentrumspartei die Bereitwilligkeit zur Genehmigung der Vorlage erklärte, stimmte angesichts der traurigen Finanzlage der Stadt die Tonart seiner Ausführungen noch mehr auf Moll als der Vorredner. Die finanzielle Unsicherheit sei so groß, daß man sagen müsse: So kann es nicht weiter gehen. Man wisse überhaupt nicht mehr, wohin man gerate. Der Staat Baden habe Geld genug, die Gemeinde keines und der Bürger noch viel weniger. Da erhebe sich die Frage, ob es nicht möglich sei, von einer Erhebung der Wohnungsabgabe wenigstens insoweit Umgang zu nehmen, als die Fertigstellung der vorgesehenen städtischen Bauten nicht möglich sei. Er könne sich nicht denken, wie diese neue Last mit den früheren, die auf die Schultern der Einwohnerschaft gelegt wurden, getragen werden könne. Der Hausbesitz werde gezwungen sein, die Umlage auf die Mieter abzuwälzen, da der Vermieter diese neue Last nicht tragen könne. Man müsse sich angesichts dieser Sachlage mit der Frage beschäftigen, ob es nicht angebracht sei, an den Abbau des städtischen Verwaltungsapparates zu denken. Wenn man so weiter mache, müsse eines Tages der Augenblick kommen, in dem man zu größeren Entlassungen gezwungen sein werde. Dann aber werde es jedenfalls nicht mehr möglich oder nicht mehr so leicht wie gegenwärtig möglich sein, die Entlassenen anderweitig unterzubringen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, weil der städtische Betrieb nicht eingestellt werden könne. Aber er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß der Stadtrat Stellung zu der Frage nehme, inwieweit auf den Vollzug der Wohnabgabe verzichtet werden könne und inwieweit ein Abbau des städtischen Verwaltungsapparats möglich sei. Weiter bitte er zu erwägen, wie bei der Durchführung dieser Vorlage dem Hausbesitz geholfen werden könne. Er sehe dem kommenden Winter mit der allergrößten Sorge entgegen. Es werde die Aufgabe aller sein, zusammenzustehen in dem Bemühen, dafür zu sorgen, daß der Winter in Ruhe und Ordnung überstanden werde.

Stv. Dreifuß, der Führer der mehrheitssozialistischen Fraktion, bemerkte einleitend, die Vorlage zeige den Ernst der ganzen wirtschaftlichen Lage unseres Vaterlandes. In seinen weiteren Ausführungen sprach sich der Redner gegen den demokratischen Antrag wegen der Fassung des ersten Teiles aus. Der Festbesoldete werde unter dieser neuen Steuer, wenn sie auf ihn abgewälzt werde, viel mehr zu leiden haben, als die anderen Kategorien der Mannheimer Steuerzahler. Auf die großen Industriebetriebe wirke die Vorlage keineswegs unsozial, weil die Anlagen vielfach stark abgeschrieben seien. Ein teilweiser Verzicht auf die Wohnabgabe werde durch die inzwischen erfolgte weitere Entwertung der Mark nicht möglich sein, weil der voraussichtlich eingehende Betrag nicht einmal ausreichen dürfte, die angefangenen Bauten fertigzustellen.

Stv. Perrey (Deutschnat.) meinte, indem er auf die Ausführungen des Stv. Scheel abhob, ebenso wie sein Vorredner, es habe keinen Zweck, zu dieser Vorlage eine lange Rede zu halten. Es seien zudem Vorschläge von keiner Seite nach der Richtung gemacht worden, wie man auf andere Weise Geld aufbringen könne. Auch seine Fraktion könne keine Vorschläge machen. Die Verteilung dieser neuen ungeheuerlichen Belastung werde vielfach eine ungerechte sein. Seine Fraktion werde bei der Voranschlagsberatung eine ganze Anzahl Anträge einbringen, die auf Ersparnisse in der städtischen Verwaltung abzielen. Man werde sich leider von mancher liebgewordenen Sache trennen müssen.

Stv. Brümmer stellte sich namens der Unabhängigen ebenfalls auf den Standpunkt, daß es jetzt keinen Wert habe, lange Reden zu halten, weil mit Reden nichts geändert werden könne. Er müsse im Gegensatz zu den Ausführungen des Stv. Scheel bestreiten, daß die Steuerpolitik des Reiches allein Schuld an der gegenwärtigen traurigen städtischen Finanzlage sei. Wenn man nicht ernstlich an eine Umstellung der falschen Wirtschaftspolitik, die bisher betrieben worden sei, herangehe, werde eine wesentliche Aenderung nicht eintreten können. Der Redner lehnte ebenfalls den demokratischen Antrag wegen seiner Tendenz ab. Seine Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß der Vorlage zugestimmt werden müsse, weil bei den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen kein anderer Vorschlag unterbreitet werden könne. Er müsse bedauern, daß der Anregung, die seine Fraktion schon vor Jahresfrist gegeben habe, das Liegenschafts- und Betriebsvermögen voneinander zu trennen, nicht Rechnung getragen worden sei. Er wiederhole deshalb diesen Antrag und verlange weiter, daß der § 13 des Grund- und Häusersteuergesetzes geändert werde. — Der Kommunist Horst machte sich die Sache sehr leicht. Er lehnte die Vorlage mit der Begründung ab, seine Fraktion könne ihr nicht zustimmen, weil sie eine weitere Auspowerung der breiten Massen bedeute. Die Vorlage sei nicht dazu angetan, Ruhe und Ordnung im kommenden Winter aufrechtzuerhalten. — Stv. Scheel erklärte sich, um eine möglichst einstimmige Annahme des demokratischen Antrages zu erzielen, mit einer entsprechenden Aenderung im Sinne der Ausführungen des Stv. Dreifuß einverstanden. — Stv. Gremm sorgte wieder für einige Heiterkeit in dem ungewöhnlich ernst gestimmten Hause. Er brach dabei eine Lanze für seine Parteigenossen auf dem Lande, die der Stv. Brümmer angegriffen hatte.

Damit war die Rednerliste erschöpft. Oberbürgermeister Dr. Kutzer hatte das Schlußwort. Er wandte sich zunächst gegen den Stv. Gremm, der bemerkt hatte, die Stadtverwaltung mache sichs mit dieser Vorlage leicht. Angesichts einer solchen Bemerkung müsse er nun doch sagen, daß sichs der Stv. Gremm noch viel leichter mache. Er (Redner) wisse wenigstens nicht, wie die Ratschläge, die Herr Gremm gegeben habe, durchgeführt werden sollten. Herr Dr. Kutzer verbreitete sich dann ein wenig über die städtische Finanzlage, wobei er u. a. feststellte, daß an Gehältern für die städtischen Beamten nach dem jetzigen Stande 480 Millionen Mark ausgegeben werden müßten. Herr Dr. Kutzer wandte sich hierauf gegen den Stv. Moses, der der Stadtverwaltung Mangel an Weitblick vorgeworfen hatte. Der Hieb wurde dadurch pariert, daß der Oberbürgermeister erwiderte, Herr Moses besitze vielleicht nicht genügende Einsicht, um der Mangel an Weitblick beurteilen zu können. Um nachzuweisen, daß die Stadtverwaltung diesen Vorwurf nicht verdiene, stellte Herr Dr. Kutzer fest, daß das badische Landesgesetz vom 28. Juli, das am 17. August zugestellt wurde, überhaupt erst die Grundlage schaffe für eine derartige vorläufige Besteuerung. Zur Begründung der Notwendigkeit des ungewöhnlich hohen Steuersatzes gab Herr Dr. Kutzer einige statistische Zahlen bekannt, um zu zeigen, wie der Verwaltungsaufwand gestiegen ist. Alles sei um das 60—120fache gestiegen. Der städtische Voranschlag werde bald die Milliarde in den Ausgaben erreichen. Der Reichszuschuß für die Gehälter sei noch nicht bekannt. Er werde aber wohl höchstens 175—200 Millionen Mark betragen. Einen hohen Prozentsatz der Umlage werde man vom Hausbesitz wohl überhaupt nicht hereinbekommen. Die beiden Anträge könne er geschäftsordnungsmäßig nur entgegennehmen und an den Stadtrat zur Stellungnahme weiterleiten. Aus der kürzlichen Veröffentlichung des Stadtrats über die notwendig gewordene Beschneidung des Bauprogramms gehe hervor, daß auf den vollen Vollzug der Wohnabgabe unter keinen Umständen verzichtet werden könne. Er behaupte, daß heute nicht mehr 60 Millionen, sondern 100 Millionen Mark ungedeckt seien. Die Baugenossenschaften seien in eine ganz schwierige Lage geraten. Die Lieferungsverträge, die zu günstigen Bedingungen abgeschlossen wurden, könnten nicht realisiert werden. Die Genossenschaften würden in eine Menge von Prozessen verwickelt, weil die Verträge, die eine Summe von 50—60 Millionen Mark umfassen und die in dem guten Glauben abgeschlossen wurden, in der Stadtverwaltung den finanziellen Rückhalt zu haben, nicht gehalten werden könnten. Der Bürgerausschuß werde wahrscheinlich gezwungen sein, den jetzigen Wohnabgabesatz weiter zu erhöhen. Die Stadtverwaltung sei von schwerer Sorge erfüllt für heute und die kommende Zeit, besonders für den kommenden Winter.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde, wie eingangs erwähnt, die stadträtliche Vorlage gegen zwei kommunistische Stimmen angenommen. Um ¼7 Uhr ging das Kollegium in recht gedrückter Stimmung auseinander. Das Damoklesschwert von Versailles schwebte in den verflossenen zwei Stunden über dem Sitzungssaale.

Sch.

Wirtschaftliche Fragen.

Einrichtungen für Erwerbsbeschränkten-Fürsorge.

ORB. **Frankfurt a. M.**, 30. Aug. In der letzten Woche tagte in Frankfurt eine vom Reichsarbeitsministerium einberufene, aus dem ganzen Reich beschickte Konferenz der Landesarbeitsämter, die sich vornehmlich mit Fragen der Kriegsbeschädigten- und Erwerbsbeschränkten-Fürsorge befaßte. Die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, verschiedener einzelstaatlicher Ministerien und Landesarbeitsämter besichtigten die Einrichtungen der Arbeitszentrale für Erwerbsbeschränkte in der Ziegelgasse und in der Artilleriekaserne in Bockenheim u. wurden hierbei im Namen der Stadt vom Oberbürgermeister Voigt begrüßt. Die Aufgabe der Arbeitszentrale erklärte Stadtrat Dr. Schlotter. Am Vormittag des zweiten Tages nahmen die Beteiligten die Einrichtung der Wandererarbeitsstätte „Roter Mann" in Augenschein, in denen Magistratsrat Dr. Maier die Aufgaben dieser Fürsorgeeinrichtungen erläuterte. Nachmittags schloß sich eine Rundfahrt durch den Osthafen an, wobei die aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge unterstützten Ausbauten des Hafens besichtigt wurden. Sowohl die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wie der einzelnen Landesämter haben sich über die Frankfurter Einrichtungen für Erwerbsbeschränkte anerkennend ausgesprochen. Ministerialrat Geheimrat Dr. Weigert hat dem Oberbürgermeister gegenüber den Dank aller Teilnehmer für die stattgehabten Führungen zum Ausdruck gebracht.

Streik in den Kölner Brotfabriken.

:: **Köln**, 31. Aug. Durch die Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Kölner Brotfabrikanten kam es heute morgen in sämtlichen Brotfabriken zur Arbeitsniederlegung. Eine Gefährdung der Brotversorgung kommt jedoch nicht in Frage.

Naturwissenschaftliche Rundschau

Ein großer Fortschritt in der Medizin.

Von Zeit zu Zeit macht ein bedeutender medizinischer Fortschritt von sich reden. So jetzt wieder eine Entdeckung, die ein Professor Besreka gemacht hat und die auf dem Gebiete der Impfung einen großen Fortschritt darstellt. Bisher spritzte man gegen Typhus und Ruhr wie Cholera das Serum unter die Haut oder in die Muskeln, was zu schmerzhaften Stichen führte und oft Unwohlsein hervorrief. Während des Krieges wurden besonders die Soldaten gegen alle möglichen Krankheiten wiederholt auf diesem Wege geimpft. Besreka hat nun eine Entdeckung gemacht, die denselben Erfolg wie das Impfen auf einem viel einfacheren Weg hervorzurufen verspricht.

Was ist überhaupt das Impfen? Das Impfen besteht darin, daß man dem zu impfenden Subjekt Krankheitskeime derjenigen Krankheit einspritzt, gegen die man es schützen will. Es ist das das Verfahren, welches schon König Mithridates anwandte, als er täglich kleine Dosen Gift seinen Mahlzeiten beimengte, um sich gegen eine Vergiftung durch seine „Getreuen" zu schützen. Wenn also die Impfwirkung wirklich dadurch erzielt wird, daß man dem menschlichen Körper kleine Dosen von Krankheitskeimen zuführt, so liegt es auf der Hand, daß die Impfung umso wirksamer sein muß, je mehr diese Krankheitskeime in der Art der Einführung in den menschlichen Organismus der wirklichen, auf natürlichem Wege erfolgenden „Ansteckung" ähnelt. Nun erfolgt die Ansteckung bei Cholera, Ruhr, Typhus usw. fast immer durch den Mund bei der Einnahme von Speise und Trank. Unter Berücksichtigung des Vorherigen scheint man logisch folgern zu müssen, daß die Impfung nicht mehr durch Injektionen, sondern durch Einnahme der Impfmittel auszuführen ist.

Neuerdings angestellte Versuche haben die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung erwiesen. Ausgezeichnete Resultate hat man bei der Immunisierung gegen die Ruhr erzielt. Schwieriger erwies sich das Experiment bei der Schutzimpfung gegen Typhus. Aber auch hier hat man feststellen können, daß der Darm von Tieren und Menschen gegen Typhus gefeit ist, sobald die Betreffenden das Typhus-Impfmittel auf dem Wege durch den Mund zu sich genommen hatten. In zwei Gemeinden in dem französischen Departement Pas de Calais wurde eine Schutzimpfung gegen den Typhus vorgenommen, da in der Nachbargegend diese Krankheit ausgebrochen war und man ein Uebergreifen auf die Bewohner der beiden Gemeinden fürchtete. Von den insgesamt ungefähr 2000 in Frage kommenden Einwohnern wurden 1236 geimpft, und zwar nach der oben beschriebenen neuen Methode. 600 Einwohner vermochten sich der Impfung zu entziehen. Von diesen 600 Einwohnern erkrankten 50 = über 8 Prozent. Von den 1236 geimpften Bewohnern erkrankten dagegen nur 5, davon 3 am nächsten Tage nach der Impfung. Diese 3 waren zweifellos bereits von der Krankheit befallen, als sie geimpft wurden. Nur 2 erkrankten am zehnten Tage nach der Impfung, d. h. von der Gesamtzahl der Geimpften erkrankten 0,17 Prozent, oder mit anderen Worten 45mal weniger als von den Nichtgeimpften. Dieses in der Praxis erprobte Beispiel scheint ein glänzendes Zeugnis für die neue Impfmethode abzulegen und man wird erwarten können, daß sich die neue, schmerzlose, bequeme und dabei doch wissenschaftlich einwandfreie Impfart schnell einbürgern wird.

Aus der Menschenkunde.

Normale Asymetrie des menschlichen Körpers. Man ist leicht geneigt zu glauben, die Schönheit eines Menschen sei durch eine gleiche Plastik beider Körperhälften bedingt; das ist aber durchaus nicht der Fall. Bei anerkannten Schönheiten kann man im Gegenteil bemerken, daß ein Auge oder ein Ohr oder auch der eine Mundwinkel höher liegt als der andere. Den alten Griechen war diese Tatsache wohlbekannt; denn ihre künstlerischen Schöpfungen nehmen auf diese Eigentümlichkeiten des menschlichen Körpers Rücksicht, wie ein Blick auf die „Venus von Milo" ohne weiteres zeigt. — Bekannter als die erwähnte Tatsache sind zwei andere Asymetrien, nämlich die „Rechtshändigkeit" und die „Linksbeinigkeit". Die Länge des linken Beines ist im allgemeinen etwas größer, so ist es zu erklären, daß man bei geschlossenem Auge (oder im dichten Nebel) nicht genau geradeaus gehen kann, sondern einen Kreisbogen nach rechts beschreibt; denn das linke Bein macht größere Schritte. Eine andere Erscheinung wird beim Rudern auffällig: sitzt der Ruderer rückwärts, so macht das Boot gern eine Wendung nach links, wenn auch anscheinend gleichmäßig gerudert wird. Der rechte Arm ist nämlich muskulöser als der linke; der rechte Ruderschlag ist daher auch kräftiger und lenkt das Boot aus der geraden Richtung ab.

Allgemeine Naturwissenschaft.

Wie groß sind die kleinsten Lebewesen? Während man in vergangenen Zeiten nur den großen Tieren und Pflanzen Beachtung schenkte und die größten unter ihnen als Kuriositäten anstaunte, hat sich seit der Erfindung des Mikroskopes das Interesse mehr den kleinsten Lebewesen zugewendet. Je mehr das Mikroskop vervollkommnet wurde, umso kleinere Lebewesen ließ es sichtbar werden, bis schließlich seine Leistungsfähigkeit doch eine Grenze fand. Aber auch darüber hinaus sind indirekt durch das sogen. Ultramikroskop noch kleinere Organismen nachweisbar. Es stellte sich dann natürlich die Frage ein, wo eigentlich die unterste Grenze des Lebens liegt; denn eine Grenze mußte vorhanden sein. Interessante Berechnungen, die von den Größenverhältnissen der Atome und Moleküle ausgehen, machten es wirklich möglich, mit ziemlich großer Sicherheit diese unterste Grenze zu bestimmen. Einer der kleinsten noch sichtbaren Organismen ist Micromonas progredens, ein Geißeltierchen, daß als Erreger einer Kaninchenkrankheit eine Rolle spielt. Der Durchmesser dieses winzigen Wesens beträgt noch nicht einmal zwei Zehntel eines Tausendstelmillimeters. Hieraus läßt sich der Rauminhalt leicht berechnen und das Gewicht annähernd bestimmen. Von diesem kleinen Körper ist der größte Teil Wasser und nur etwa 14 Prozent feste Bestandteile sind vorhanden, die in der Hauptsache aus Eiweiß zusammengesetzt sind. Wie schwer ein Molekül Eiweiß wiegt läßt sich andererseits leicht aus den Atomgewichten von Kohlenstoff, Sauerstoff und Wasserstoff annähernd bestimmen. Wenn man nun das Gewicht der in der Micromonas enthaltenen Eiweißmenge durch das Gewicht eines Eiweißmoleküls teilt, so erhält man die Anzahl der Moleküle, die im Micromonas-Körper enthalten sind. Als Molekülanzahl ergibt sich hierbei 30 000. Nimmt man nun an, daß ein im Ultramikroskop noch sichtbarer Organismus etwa nur ein Zehntel des Micromonasdurchmessers besitzt, so müßte dieser nur ein Tausendstel des Rauminhaltes aufweisen und könnte etwa nur 30 Eiweißmoleküle enthalten. Diese Zahl ist aber so gering, daß ein solcher Organismus der Grenze der Lebensmöglichkeit nahestehen muß. Auf Grund dieser Betrachtungen und Berechnungen kommt man dahin, als unterste Grenze des Lebens Organismen mit einem Durchmesser von ungefähr 0,015 Tausendstelmillimeter anzusehen, eine Anschauung, die auch durch andere Untersuchungen wahrscheinlich gemacht wird.

⊙ **Die Natur im September.** Der Sommer verläßt uns und der Herbst kommt. Die Wiesen werden zum letzten Male gemäht und weisen nur geringen Blumenschmuck auf, woran die Spätlinge wie Minze, Ackerwinde, Enzian usw. nichts ändern können; nur die Herbstzeitlosen treten mit ihren blaßvioletten Blüten an manchen Stellen mehr als nötig auf. In den Gärten herrscht dank der Kunst des Gärtners durch Dahlien, Astern, Rauten und die immerblühenden Pelargonien, Begonien und Fuchsien noch eine prächtige Farbenfülle, die über den baldigen Blumentod hinwegtäuscht. Der Wald bringt Schwämme, Pilze, Brombeeren und andere Früchte in Menge. — Die Vögel ziehen in immer größeren Mengen nach dem Süden, so verlassen uns die Rohrsänger, Bachstelzen, Grasmücken, Blaukehlchen, ehe sie aber ziehen, erschallt bei schönem Wetter ihr Gesang noch einmal fast so freudig wie im Frühjahr, als ob sie dieser schönen Zeit gedächten; wenn schlechtes Wetter einsetzt, ist der Jubel mit einem Schlag vorüber. Andere Vögel sammeln sich

MARCHIVUM

Städtische Nachrichten.

Kontrolle der Postsendungen im besetzten Gebiet.

Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat, so wird uns von amtlicher Seite geschrieben, sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann also jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebietes ohne weiteres die Postüberwachung ausüben lassen. Nach den bisherigen Wahrnehmungen verfährt sie auch dementsprechend und läßt auf bestimmte oder unbestimmte Zeit bald in diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebietes eine Ueberwachung des Postverkehrs in mehr oder weniger großem Umfang eintreten. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen ganz von dem jeweiligen Belieben der Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. In letzter Zeit sind derartige Ueberwachungen besonders seitens der französischen Besatzungsbehörde in erhöhtem Maße ausgeübt worden. Wenn auch die Ueberwachung in den meisten Fällen nur einige Tage gedauert hat, so scheint sie doch infolge ihres unvermuteten Einsetzens Ergebnisse gezeitigt zu haben, die für die davon betroffenen Personen unangenehme Folgen haben können.

Neben dieser offenen Postüberwachung, die den Empfängern der davon betroffenen Sendungen durch Verschlußstreifen bekannt wird, erfolgt zeitweise an einzelnen Stellen noch eine weitere heimliche Ueberwachung, ohne daß die ihr unterworfenen Sendungen äußerlich gekennzeichnet werden. Von der Geheimzensur werden besonders Sendungen von und an Behörden und von und an Handelsfirmen erfaßt. Derartige Fälle sind insbesondere bei der Zensurstelle, die die französische Besatzungsbehörde bei dem Postamt in Düsseldorf eingerichtet hat, und bei der von der belgischen Besatzungsbehörde in Duisburg eingerichteten Postüberwachungsstelle festgestellt worden. Aber auch Vorgänge bei anderen Zensurstellen haben die Annahme bestätigt, daß die Postüberwachung vielfach zu einer geheimen Handelsspionage ausgenutzt wird. Es ist daher dringend geboten, daß besonders Absender von Briefen nach dem Brückenkopf Düsseldorf größte Vorsicht beobachten und Mitteilungen, die den Besatzungsbehörden nicht bekannt werden sollen, nicht auf einem Beförderungswege an die Empfänger gelangen zu lassen, der die Sendungen der Gefahr einer Eröffnung durch die Besatzungsbehörden aussetzt. Auch bei Sendungen nach den übrigen Orten des besetzten rheinischen Gebietes müssen sich die Absender immer der geschilderten Sachlage bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte. δ

September.

Der neunte Monat unseres Kalenders ist der erste Monat im Herbst; sein deutscher Name lautet deshalb Herbstmonat. Auch der Name Scheiding ist verbreitet. Dieser weist darauf hin, daß im neunten Monat die schöne Zeit des Jahres von uns scheidet. Im altrömischen Kalender nahm unser Monat den siebenten Platz ein, daher nannte man ihn September und dieser Name ist ihm auch geblieben, trotzdem er eigentlich den Tatsachen nicht mehr entspricht. Der September hat 30 Tage, von denen vier Sonntage sind. Gesetzliche Feiertage fallen nicht in ihn. Im September nehmen die Tage auch weiterhin ab, am 23. abends 9 Uhr 16 Min. beginnt der astronomische Herbst, an diesem Tage sind Tag und Nacht gleich. Der Sonnenaufgang findet um 6 Uhr morgens, der Untergang nach 6 Uhr abends statt. Bekannte Lostage sind der 1. (Aegidius), der 8. (Mariä Geburt), der 21. (Matthäus) und der 29. (Michaelis).

Bauernregeln für den September sind: Ein windstiller September der nicht viel Kälte mit sich bringt ist dem Landwirt sehr gelegen, kommen jedoch viel Gewitter hinzu, so ist mit einem schneereichen Winter wie voraussichtlich in diesem Jahre zu rechnen. Die Regel besagt:

Ist im Herbst das Wetter hell, bringt es Wind und Wetter schnell. —

In vielem Herbstnebel seh', ein Zeichen von Winterschnee. —

Nebels an Kleophas (25.) wird der ganze Winter naß. —

Nach September Gewittern wird man im Februar vor Kälte zittern. —

Septemberdonner prophezeit vielen Schnee zur Weihnachtszeit.

Abendlich eintretende Nebel verkünden länger anhaltendes gutes Wetter:

Nebel nach Sonnenuntergang, bringt gutes Wetter noch recht lang. —

Die Zugvögel sind in diesem Jahre schon fortgezogen. Man darf daher mit einem baldigen Winter rechnen:

Sind Zugvögel nach Michaelis noch hier, haben bis Weihnachten lind Wetter wir. —

Für den Ausfall des Weines besagt eine Regel: Nie hat der September zu braten vermocht, was ein ungünstiger August nicht gekocht.

zu großen Schwärmen und beleben die Fluren. Es sind Hänflinge, Stieglitze, Grünlinge, selbst Zeisige, die man sonst nur wenig bemerkt. An den Ufern von Flüssen und Strömen, von Seen und Teichen, an den Rändern größerer Waldungen halten sie sich dann gern auf und sind hier am besten zu beobachten. Oft gibt es herrliche Tage, der Himmel ist klar, die Aussichten auf den Bergen schöner als im Frühling und Sommer und die Hitze nicht so drückend wie zur Sommerzeit, womit die Natur ihre Freunde zu den letzten Wanderungen einladet. kos.

Kunst und Wissen.

⊙ **Neuverpflichtete Mitglieder des Mannheimer Nationaltheaters.** Mit Beginn der neuen Spielzeit treten auf Berufung von Intendant Dr. Kraeter in den Verband des Nationaltheaters in der Oper: als erster Kapellmeister Erich Kleiber vom Stadttheater Düsseldorf, Kapellmeister Werner v. Bülow vom Stadttheater Hagen; als Ballettmeister und erster Solotänzer Reinhold Kreidemeiß vom Opernhaus in Dresden; Aenne Geier, zuletzt am Stadttheater in Mainz, Gussa Heiken vom Stadttheater in Rostock, Grete Hofen vom Stadttheater in Köln, Anna Karasek vom Landestheater Gotha; im Schauspiel: als Oberspielleiter Artur Holz, zuletzt am Burgtheater in Wien, als Spielleiter und Dramaturg Eugen Felber, zuletzt an der Schaubühne in München, Elvira Erdmann vom Theater am Kurfürstendamm in Berlin, Anton Gaugl vom Raimund-Theater in Wien, Else v. Hagen vom Stadttheater in Bochum, Ilse Lahn aus Wien.

⊙ Die Wiener Operettenspiele fanden gestern mit der Wiederholung von Kalmans „Bajadere" ihren Abschluß. Der Musensaal war recht gut besetzt. Die Vorstellung verlief in den üblichen Bahnen und geriet nach Schluß des zweiten Aktes in Abschiedsatmosphäre. Es regnete Blumen und es gab zahlreiche Hervorrufe, die sich nach dem letzten Akte wiederholten. Schade, daß sich die Künstlerschaft nicht wie sonst für einen Bunten Abend entschieden hatte.

⊙ Die Volksfestspiele auf dem Hohentwiel haben am letzten Sonntag ihr Ende erreicht. Es sind in den Sommermonaten aufgeführt worden: „Die Braut von Messina", „Die versunkene Glocke", „Der verlorene Sohn" und „Komödie der Irrungen". Die Direktion und die Mitwirkenden, unter denen sich hervorragende deutsche und schweizerische Schauspieler und Schauspielerinnen befanden, können einen vollen Erfolg buchen. Was geboten wurde, kann als Volkskunst im besten Sinne des Wortes angesprochen werden. Der Festspielplatz bei der Eugensbastion (auf der Südseite des Hohentwiel) eignet sich sehr gut zur Wiedergabe klassischer Kunstwerke. Die meisterhaften Aufführungen hatten an verschiedenen Sonntagen unter der Ungunst der Witterung zu leiden. Glücklicherweise hatte das Wetter in den letzten drei Wochen ein Einsehen. Die beiden Aufführungen am letzten Sonntag waren sehr stark besucht. Zahlreich waren jeweils bei den Aufführungen auch Gäste aus der Schweiz vertreten. Ueberall wird lebhaft der Wunsch empfunden, es möchte im nächsten Jahr das begonnene Werk fortgeführt werden.

VII. Die neuen Eisenbahnfahrpreise. Die am 1. Oktober in Kraft tretende Erhöhung der Personentarife auf den Reichsbahnen beträgt im allgemeinen 50 Prozent. Der neue Kilometerpreis beträgt dann: 1. Klasse 2,025 Mark (heute noch 1,331 Mark); 2. Klasse 1,125 Mark (0,74); 3. Klasse 0,675 Mark (0,444); 4. Klasse 0,45 Mark (0,296). Hierzu treten bei Benützung von Schnellzügen folgende Zuschläge: 1. Zone (bis zu 75 Kilometer) 3. Klasse 15 Mark; 2. und 1. Klasse 30 Mark; 2. Zone (bis zu 150 Kilometer) 3. Klasse 30 Mark; 2. und 1. Klasse 60 Mark; 3. Zone (über 150 Kilometer) 3. Klasse 45 Mark; 2. und 1. Klasse 90 Mark.

Vereinsnachrichten.

∴ **Der Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands** hält in den Tagen vom 5. bis 8. September in Würzburg seinen 2. Verbandstag ab. Der letzte Verbandstag fand im Jahre 1919 in Köln statt. In den 3 Berichtsjahren hat der Verband eine äußerst günstige Entwicklung genommen. Am 1. Jan. 1919 zählte er in 83 Ortsgruppen 7965 Mitglieder, am 31. Dezember 1921 dagegen in 290 Ortsgruppen 24 495 Mitglieder. Die Zahl der Ortsgruppen hat sich also um 207, die der Mitglieder um 16 530 vermehrt. An Lohnerhöhungen wurden für die beteiligten Verbandsmitglieder 390 476 480 M. erzielt, außerdem wurden Erfolge erzielt auf dem Gebiete der Lohnfortzahlung bei Krankheit und für Wochenfeiertage, Gewährung von Urlaub, Ruhelohn, Hinterbliebenenversorgung u. a. m. Die Einnahmen des Verbandes beliefen sich auf 5 275 567 M., die Ausgaben auf 4 531 014 M. Der Vermögensbestand betrug am Jahresschluß 1921 941 936 M. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 1 944 331 M., für sonstige Unterstützungen, wie Kranken-, Arbeitslosen- und Sterbegeld, Rechtsschutz 380 934 M. verausgabt. Der Bericht beweist, daß der Verband durch seine Tätigkeit sich das Vertrauen weiter Kreise erworben hat. Für alle auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Gemeindearbeiter, Straßenbahner und sonstiger in kommunalen oder staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer kann es daher nur eine Parole geben: Hinein in die christlichen Gewerkschaften, in den Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands!

∴ Der Turnverein Mannheim von 1846 feiert am kommenden Samstag das 10jährige Stiftungsfest seiner Wander- und Vergnügungsriege. Wir verweisen hierwegen auf die Anzeige in letzter Nummer.

Veranstaltungen.

∴ **Theaternachricht.** Julius Bittners neue Oper „Das Rosengärtlein" ist vom Intendanten Dr. Adolf Kraetzer für das Nationaltheater in Mannheim angenommen worden und wird in der kommenden Spielzeit dort zur alleinigen Uraufführung gelangen. Ferner wurden Erw. Lendvais „Archaische Tänze" für das Nationaltheater zur alleinigen Uraufführung erworben und werden durch den neu verpflichteten Ballettmeister Reinh. Kreidemeiß zur Einstudierung kommen.

* Der Groß-Wanderschau-Zirkus Henny begann gestern sein Mannheimer Gastspiel mit einer glänzenden Eröffnungsvorstellung, auf die wir im Abendblatt ausführlich zurückkommen werden. Vorläufig sei der Besuch auf das wärmste empfohlen.

Aus dem Lande.

+ **Karlsruhe,** 31. Aug. Auf den Rennwiesen in einem Graben zwischen Rüppur und Karlsruhe wurde eine männliche Leiche gefunden, die mindestens seit vier bis fünf Wochen dort lag und schon ganz in Verwesung übergegangen war. Es handelt sich um den 60 Jahre alten Fuhrmann Ludwig Bechthold aus Friedrichsthal, der in letzter Zeit schon öfters auf den Wiesen genächtigt hat. Ein Verbrechen soll nach den Feststellungen nicht vorliegen.

)(**Neustadt i. Schw.,** 30. August. Um den Schwierigkeiten der Bargeldbeschaffung entgegen zu steuern, gibt eine hiesige größere Industriefirma an den Lohntagen ihren Angestellten und Arbeitern Schecks im Betrage von 1000, 500 und 300 Mark ab. Die Geschäftsleute werden in einer öffentlichen Bekanntmachung ersucht, die Schecks als vollwertiges Zahlungsmittel entgegenzunehmen, da der Gegenwert vor der Ausgabe stets bei der hiesigen Volksbank hinterlegt werde.

(!) **Schopfheim,** 30. Aug. In letzter Zeit kamen im Hotel zum Pflug verschiedene Sachen im Gesamtwert von etwa 23 000 Mark abhanden. Es ist jetzt der Gendarmerie gelungen, den Täter in der Person des Zeichners Reinhold Amann, der im Pflug logierte, zu verhaften. Amann hat mit den entwendeten Sachen seine Geliebte beschenkt. Die beiden wurden in das hiesige Amtsgefängnis eingeliefert.

)(**Konstanz,** 31. August. Mitten auf dem Münsterplatz beim Brunnen veranstalteten in tiefer Nacht sechs hiesige Personen ein Gelage, bei dem mehrere Flaschen Likör die Runde machten. Drei vorbeigehende auswärtige Personen schlossen sich auf Einladung dem Schlemmern an. Als ein Polizeibeamter die Teilnehmer zur Ruhe verwies, drangen einige auf ihn ein und einer schlug ihn mit einer Likörflasche auf den Kopf, daß er halb besinnungslos wurde. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Aus der Pfalz.

∞ **Neustadt a. Hdt.,** 29. Aug. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen faßte in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung für den Bezirk Neustadt nachstehende Entschließung: Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der ungerechten und unsozialen Auswirkung des Gesetzes über Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner vom 21. Juli 1921. Die Versammelten sind der Auffassung, daß das dem Gesetze zu Grunde gelegte Bedürftigkeits-Prinzip besonders in dessen derzeitiger Fassung zu schweren Ungerechtigkeiten führt, insbesondere dadurch, daß Schwerkriegsbeschädigten und erwerbsunfähigen Kriegerwitwen, die unter Aufopferung ihrer Gesundheit, bezw. Hintanstellung ihrer häuslichen und erzieherischen Pflichten zur Ergänzung ihres Lebensunterhaltes einem Erwerb nachgehen, die Teuerungszulage nicht gewährt wird. Für diese bedeutet die Fassung des Gesetzes eine unverdiente und harte Strafe, zumal das dem Bedürftigkeitsprinzip zugrunde gelegte Einkommen lächerlich gering erscheint. Die Versammlung fordert mit aller Entschiedenheit, daß die Reichsregierung ihren Verpflichtungen aus dem R.V.G. vom 12. Mai 1920 unbedingt nachkommt und die Teuerungszulage nach § 87 des Gesetzes den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen anpaßt unter Ausschaltung des Bedürftigkeitsprinzips. Die Bundesleitung wird ersucht, obige Forderung allen zuständigen Stellen und Abgeordneten zu unterbreiten und mit aller Entschiedenheit zu vertreten.

Sportliche Rundschau.

Mannheimer Herbst-Pferderennen.

Nachdem wir vorige Woche eine Erläuterung des Begriffs „Handicap-Rennen" (Ausgleiche) gegeben haben, veröffentlichen wir nachfolgend das Wesen der Altersgewichtrennen, über deren vorzüglichen Rennungsschluß wir dieser Tage berichteten. Unter „Altersgewicht" versteht man das Gewicht, welches die deutsche Rennordnung tabellenförmig für die Leistungsprüfung des hochgezüchteten Pferdes auf der Flachen wie auch über Hindernisse als Norm festsetzt, wobei die aufzunehmenden Gewichte nach alten Erfahrungssätzen sowohl unter Jockeys als auch unter Herrenreitern, ferner nach der verschiedenen Jahreszeit einheitlich für den deutschen Rennbetrieb festlegen. Selbstredend kann von einem Altersgewicht nur zwischen Pferden der gleichen Qualitätsklasse die Rede sein. Es erübrigt also, einiges über das Gewicht als Leistungsregulator zu sagen.

Bei der Frage nach einem die Leistungsfähigkeit von Pferden verschiedenen Alters oder verschiedener Klassen ausgleichenden Faktor konnte es sich nur um zwei Dinge handeln, nämlich entweder um eine Distanzzulage oder um eine Gewichtszulage für das ältere resp. bessere Pferd. Bei den Trabern entschied man sich für das erstere; dort startet das leistungsfähigere Pferd von einem weiter vom Ziel entfernten Start. Für Rennpferde hat sich eine Distanzzugabe als untunlich erwiesen. Dagegen hat eine jahrhundertelange Erfahrung es erwiesen, daß es keinen verläßlicheren Ausgleichsfaktor gibt, als das mehr oder weniger zu tragende Gewicht, und auf diesen Erfahrungen hat sich denn eben die Gewichtstabelle aufgebaut. Ein kurzer Blick auf die Praxis genügt übrigens schon, um die Unmöglichkeit des Ausgleiches durch Distanzunterschiede bei Galoppferden zu erkennen; man vergegenwärtige sich nur ein Feld von 20 Pferden mit lauter verschiedenen Starts, wobei das Pferd A eine halbe Länge hinter B und C, eindreiviertel Länge hinter B abzulaufen hat, und es bedarf keines weiteren Beweises für die Unausführbarkeit solcher Vorschläge. Reine Altersgewichtsrennen sind die vornehmsten, unantastbarsten Prüfungen des Vollblutpferdes, und die Herren Theoretiker aller Zeiten haben oft genug dafür plaidiert, daß es gar keine anderen Rennen geben dürfe, ja ein König unter den Theoretikern verstieg sich sogar zu dem horrenden Vorschlag, es solle nur ein Rennen im ganzen Jahr für Dreijährige geben, und zu diesem solle der Rennungsschluß am Start sein, denn nur so allein wäre das beste Pferd des Jahrgangs wirklich zu entdecken. Dies anbei als Kuriosum. In der Tat existieren nur wenige „reine Altersgewichtsrennen". Was sollte auch aus dem Rennbetrieb werden, wenn dieselben Pferde unter denselben Bedingungen immer wieder gegen einander laufen würden, nein, laufen sollten? Denn in Wirklichkeit würden sie gar nicht gegeneinander laufen, nachdem die Superiorität des einen anerkannt wäre. Der wirkliche Rennmann kämpft nicht gegen die Beweise, welche ihm die öffentliche Form bringt, und wenn es Unverständige gibt, welche die Niederlage ihrer eigenen Pferde nicht deren Inferiorität, sondern irgendwelchen widrigen Umständen zuschreiben und sagen: „Heute bin ich zwar leicht geschlagen, morgen aber werde ich leicht gewinnen", so merken sie es nur allzubald, daß es nirgends törichter ist, mit dem Kopfe durch die Wand zu wollen, als im Rennsport. Denn es gibt eben keinen ehrlicheren, keinen parteiloseren Richter, als den toten Zielpfahl, und gerade daß dieses der Fall ist, daß wir nicht ein dem Zufall unterworfenes Spiel treiben, das hebt uns empor über so manche trübe Erwägung, die dem aktiven Rennmann nicht erspart bleibt, wenn er sieht, wie seine Tätigkeit, seine Passion, sein Lebenszweck von kritiklosen Laien bespöttelt und von hazardierenden Wettern besudelt wird. Den Beweis aber dafür, daß die Ueberlegenheit eines Pferdes, solange es unter demselben Gewicht, das heißt also im reinen Altersgewichtsrennen gegen seine Konkurrenten kämpft, schließlich bis zur Unbestreitbarkeit erwiesen wird, den bringen die Rennkalender aller Zeiten in tausenden von Beispielen.

Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß das „reine Altersgewichtsrennen" nur in beschränkter Weise in den Rennprogrammen figurieren kann, soll nicht die Beteiligung der Ställe und mit ihr das Interesse des Publikums leiden. Die Rennvereine aber brauchen das zahlende Publikum, denn sie brauchen Geld zu Preisen. Für die schönsten Theorien kann auch noch nicht ein Rennpreis gegeben, auch noch nicht eine Mutterstute importiert werden. Dies führt uns zu der großen Menge der Altersgewichtsrennen mit Pönalitäten resp. Erlaubnissen. Das Fremdwort und das deutsche Wort sei hier wiedergegeben, wie es im Rennbetrieb angewandt wird. Unter einer „Pönalität" versteht man ein Mehrgewicht welches ein Pferd in einem Rennen gemäß der Propositionen zu tragen hat, weil es entweder ein oder mehrere Rennen im Werte von X Mark oder mehr gewonnen hat, oder weil es bereits eine Gesamtsumme von X Mark an Preisen gewonnen hat. Unter einer „Erlaubnis" versteht man ein Gewicht, welches von dem in der Proposition vorgeschriebenen Normalgewicht abgezogen wird, weil das betr. Pferd entweder überhaupt noch kein Rennen gewonnen hat, also Maiden ist (Maidenerlaubnis), oder weil es seit noch kein Rennen von X Mark gewonnen hat, oder weil es seit einem oder mehreren Jahren kein Rennen von X Mark mehr gewonnen hat, oder weil es von Eltern stammt, deren Kinder noch nichts geleistet haben usw. (Züchtererlaubnisse). Sowohl bei der Festsetzung der „Pönalität" als bei derjenigen der „Erlaubnis" ist der Phantasie des Proponenten innerhalb der reglementären Grenzen ein ziemlich weiter Spielraum gelassen; im allgemeinen werden sich aber alle diese Kernen in die oben aufgeführten Kategorien einrangieren lassen. Es ist selbstverständlich, daß Pönalitäten und Erlaubnisse auch in ein und demselben Rennen vorkommen, ja daß ein und dasselbe Pferd sowohl von einer Pönalität betroffen sein, als von einer Erlaubnis Gebrauch machen kann.

Es führt zu weit, sich hier alle möglichen Kombinationen zu vergegenwärtigen; der Zweck der Pönalitäten und der Erlaubnisse wird ja aus Obigem klar geworden sein. Die ersteren erschweren dem bereits geprüften und gut befundenen Pferde, die letzteren erleichtern dem Neuling (dem Maiden) resp. dem schlechten Pferde den Sieg; ihr Vorhandensein ändert die Situation immer wieder von neuem und ermöglicht es somit, daß der Rennbetrieb nicht ins Stocken gerät, und daß die eine Grundbedingung der Leistungsprüfung erfüllt wird, nämlich das Wiederholen der Prüfung unter erschwerenden Umständen.

Pferderennen.

Karlshorst.

Springinsfeld-Hürdenrennen. 50 000 M. 3000 Mtr. 1. Puschs Herlenier (Schneider), 2. Hoppy, 3. Walhall. Ferner: Burgelbaum, Sandratte, Vinland, Ninama, Proper, Gudrun. 44:10; 18, 13, 16:10.

Preis von Charlottenthal. 60 000 M. 3400 Meter. 1. Frhr. v. Berchems Narmal (Graf Borcke), 2. Steinberger, 3. Rosenkönig. Ferner: Ahasver, Trompeter II, Clemer, Talisman, Mirakel. 74:10; 24, 20, 27:10.

Sommerpreis-Hürdenrennen. 75 000 M. 2800 Mtr. 1. Gillers Ceres (Kränzlein), 2. Paulus, 3. Massary. Ferner: Marcella, Ostflucht, Blender. 20:10; 13, 16:10.

Deutsches Jagdrennen. 90 000 M. 5000 Meter. 1. Graf Borcke und O. Caminneci's Glatteis (Bismarck), 2. Wetterscheibe, 3. Voigt. Ferner: Paul, Cid. 23:10; 17, 20:10. ½ L., 4 L.

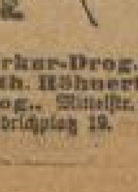
Herkules-Jagdrennen. 75 000 M. 3700 Mtr. 1. E. am Endes Nest (v. d. Bottlenberg), 2. Schwerenöter, 3. Welpoto. Ferner: Roderich, Hiddenhart, Reichsgräfin, Top Twig. 51:10; 17, 13, 15:10.

Preis von Mönchsheim. 60 000 M. 3000 Mtr. 1. Kühns Tengschlag (Baranesky), 2. Bolaar, 3. Basil. Ferner: Turmwart, Fabiola, Welcome, Blitz, Nordsee, Diamant, Hezrei, Armabo, Baron Clemens. 104:10; 37, 22, 18:10.

Preis von Neuenhagen. 50 000 M. 1400 Mtr. 1. Liebenthals ... (Einsinger), 2. Grabosa, 3. Bojbitz. Ferner: Bernrich, ... Kirsche, Dagobert, Auserwählte, Importe, Schade, Sekret. ... 17, 34, 47:10.

Leichtathletik.

Erfolge des Mannheimer Fußball-Club Phönix. Bei dem am Sonntag in Kornwestheim bei Stuttgart stattgefundenen ... kämpfen errang die Leichtathletenabteilung des M.-F.-C. Phönix gegen stärkste württembergische und badische Klasse folgende Preise: 4×100 Mtr.-Staffel 1. Preis vor Sportvereinigung Stuttgart, ... 4×100 Mtr.-Staffel ... wigsburg und Sportfreunde Stuttgart. 4×100 Mtr.-Staffel für Junioren 3. Preis in einem Kampf an Beutkampf ... Beteiligung 18 Vereine. Hinter Stuttgarter Kickers, Sportvereinigung Stuttgart vor 1. F.-C. Pforzheim, V. f. R. Heilbronn und Sportfreunde Stuttgart. Phönix erzielte im Vorlauf die beste Zeit. 100 Mtr.-Lauf für Junioren 1. Preis, Georg Schramm. Zeit: ... Olympische Staffel 4. Preis. 100 Mtr.-Lauf für Junioren 4. Preis. Karl Naber. Diskuswerfen 4. Preis. Wilhelm Herrmann.



Hühneraugen

werden Sie sicher los durch

Hühneraugen-Lebewohl

Hornhaut an der Fußsohle beseitigt

Lebewohl-Ballen-Scheiben.

Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.

In Drogerien und Apotheken.

Merkur-Drog., Gontardpl. 2, K. Muhlhardt, Drog., Mittelstr. 36, Arth. Hähnert, Adler-Drog., Bellenstr. 25, C. Sachse, Flora-Drog., Mittelstr. 61, Ludwig & Schütthelm, Hofdrogerie, Friedrichsplatz 19.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Papiergeldüberflutung und Kreditnot.

Zur Lage des deutschen Geldmarktes.

Der Reichsbankpräsident hat gelegentlich der jetzigen Diskontheraufsetzung auf 7% von neuem betont, daß sich Deutschland mitten in einer Periode schwerster Kapital- und Kreditnot befindet. Auf den ersten Blick erscheint es fast paradox, daß ein Land mit einem ungeheuren, ständig zunehmenden Notenumlauf unter schwersten Erscheinungen einer Kreditnot leiden soll. Führt man aber den ungeheuren Papiergeldumlauf auf die Goldmark zurück, so ergibt sich ein anderes Bild. Wir kommen dann zu dem Ergebnis, daß vor dem Kriege der Umlauf an in Gold zahlbaren Reichsbanknoten zum mindesten an den sogenannten Stichtagen, vor allem an den Quartalsterminen, größer war, als der jetzige Papiergeldumlauf. Zu berücksichtigen ist ferner, daß ein sehr erheblicher Teil dieses Papiergeldumlaufes sich im Auslande befindet. Schätzt man doch den Bestand des Auslandes an Reichsbanknoten auf 50—75 Milliarden ℳ. Gerade dieser Umstand bringt in das deutsche Geldwesen den Charakter der Ungewißheit, da niemals vorausgesehen werden kann, ob nicht das Ausland plötzlich große Marknotenguthaben auflöst. In der letzten Zeit hat der neue Sturz der Mark zu einer solchen Zurückflutung von Marknoten aus dem Auslande und zu einer Umwandlung ausländischer Markguthaben in deutsche Wertpapiere und in Waren geführt. Den Großbanken sind auf diese Weise sehr bedeutende Beträge gerade in der letzten Zeit entzogen worden, und wenn diese Beträge auch, da sie ja zur Anschaffung von Wertpapieren oder Waren verwendet wurden, bald wieder durch die Kanäle des Verkehrs zu den Banken zurückströmen, so hat doch diese Konstellation sehr viel zu der Zuspitzung der Geldverhältnisse in den letzten Tagen und damit wohl auch zu der Diskonterhöhung beigetragen.

Um die furchtbare Veränderung der Situation der Reichsbank gegen früher sich vor Augen zu führen, braucht man nur an die in den letzten Tagen bekanntgewordene Tatsache zu denken, daß die Reichsbank in diesen Tagen, weil die Reichsdruckerei ungeachtet alles Hochdruckes nicht genügend Noten herstellen konnte, nur 40—60% der angeforderten Noten hergeben konnte. Vor dem Kriege aber war die Reichsbank durch umsichtige Dispositionen sogar dafür gerüstet, zum mindesten an den Hauptbankplätzen jeden ihr präsentierten Notenbetrag in Gold einzulösen. Welch furchtbarer Szenenwechsel.

Die Gründe der Kreditnot sind einmal darin zu suchen, daß das Reich die Reichsbank ständig in ungeheurem Umfange in Anspruch nimmt. Die Kreditnot der Industrie hängt aber damit zusammen, daß bei den hohen Devisenkursen die Anschaffung ausländischer Rohstoffe und die Wiederauffüllung der Warenläger Summen beansprucht, denen selbst die finanziell stärksten Industriekonzerne und Warenfirmen nicht gewachsen sind. Man muß dabei in Parenthese immer wieder daran erinnern, daß in Deutschland wohl niemand ein dem früheren Goldkapital entsprechendes Betriebskapital zur Verfügung hat. So kommt es, daß die Banken seit Monaten mit der peinlichsten Aufgabe beschäftigt sind, selbst ihren ältesten und feinsten Klienten Kreditausdehnungen ablehnen zu müssen. Dabei sind aus Gründen der Kreditnot sehr viele industrielle Neubauten eingestellt oder aufgeschoben worden. Große Bankguthaben haben sich überall in Bankschulden verwandelt und auch die aus Gründen der Steuerflucht im Inlande versteckten Papiergeldbeträge dürften erheblich zusammengeschrumpft sein. Auch bei den Banken der Landwirtschaft, die bisher große Beträge ausleihen konnten, häufen sich jetzt die Kreditansprüche der Kundschaft. Der Börse stellen die Banken schon seit Monaten immer geringere Beträge zur Verfügung. In der letzten Zeit hat sich die Kreditnot noch durch Angstdeckungen in Rohstoffen und Waren verschärft. Eine Besserung, die freilich nur vorübergehender Natur sein könnte, würde vielleicht am Geldmarkte eintreten, wenn die Kreditnot zu Betriebseinschränkungen führen würde. Diese Besserung würde aber mit Arbeitslosigkeit und inneren Krisen bezahlt werden müssen. Eine wirkliche Besserung kann auch hier nur eine Blutauffrischung durch ausländisches Goldkapital bringen.

Devisenmarkt

Mannheim, 1. Sept. (9.30 vorm.) Nach dem Gutachten der Reparationskommission hat Deutschland jeden Kredit im In- und Ausland verloren. Die Mark ist auf ein 3000stel ihres Wertes gesunken. Im gleichen Atemzuge verpflichtet man Deutschland zur Einlösung der Schatzwechsel, und Deutschland soll seine Finanzwirtschaft reformieren. Dieses gewährte Teilmoratorium — wenn man es so nennen will — kann Deutschlands wirtschaftliche Lage nicht bessern. Ueber kurz oder lang stehen wir wieder vor den gleichen unüberwindlichen Schwierigkeiten. Bei nüchterner Betrachtung der Sachlage kann die Börse nicht mit einer erheblichen Besserbewertung der Mark reagieren. Dieses kommt auch in den heutigen Frühkursen wohl zum Ausdruck. Es notierten am hiesigen Platz (mitgeteilt von der Mitteldeutschen Creditbank, hier): New York 1460, Holland 56 600, London 6500, Schweiz 110, Paris 110.

New York, 31. August. Die Reichsmark notierte bei Börsenschluß 0,06% (0,07¼) cents, was einem Kurs von 1568,63 (1370,31) ℳ entspricht.

Zürich.	30.	31.	(in Franken)		
Berlin	0.38	0.30	Italien	23.20	22.85
Wien	0.01	0.00	Brüssel	40.65	40.15
Prag	17.25	17.30	Kopenhagen	112.50	113.—
Holland	201.75	204.75	Stockholm	139.—	140.97
New York	525.75	5.28	Christiania	89.—	88.50
London	23.20	23.45	Madrid	81.75	81.75
Paris	40.65	28.40	Buenos Aires	188.50	189.50

Kopenhagen.	30.	31.	(in Kronen)		
Sicht. a. Hamburg	0.34	0.29	Sicht. a. London	20.81	20.79
„ „ Amsterdam	182.—	182.—	„ „ Paris	35.85	35.63
„ „ Schweiz	88.85	88.85	„ „ Antwerpen	34.20	34.—
„ „ New York	4.67	4.57	„ „ Helsingfors	10.05	10.05

Stockholm.	30.	31.	(in Kronen)		
Sicht. a. Berlin	0.30	0.26	Sicht. a. London	16.82	16.68
„ „ Amsterdam	148.75	147.75	„ „ Paris	29.40	29.10
„ „ Schweiz	72.23	72.25	„ „ Brüssel	28.—	27.80
„ „ Washington	3.78	3.78	„ „ Helsingfors	8.12	8.10

Wien.	30.	31.	(in Kronen)		
Amsterdam	30175.-	30180.-	Paris	5865.—	58.85
Berlin	5155.—	5160.—	Zürich	14743.-	14743.-
Kopenhagen	16062.-	16062.-	Marknoten	4235.—	57.25
London	—.—	—.—	Lire-Noten	6384.—	6383.—

New York, 31. August (WB) Devisen.

	30.	31.		30.	31.		30.	31.
Frankreich	7.72	7.60	Schweiz	19.02	19.02	Spanien	15.54	15.53
Belgien	7.35	7.28	England	4.43	4.43	Italien	4.48	4.46
						Deutschland	0.07	0.06

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 31. Aug. Die Tendenz war bei belangreichen Umsätzen ziemlich fest. Es wurden gehandelt: Anilin zu 1000%, Rhenania zu 1200%, Benz zu 720%, Gebr. Fahr zu 840 und 845%, Mannh. Gummi zu 885%, Rhein-Elektra zu 480%, Freiburger Ziegelwerke zu 800%, Zellstofffabrik Waldhof zu 1040%, Zucker Frankenthal zu 1050% und Zucker Waghäusel zu 1050%. Ferner Brauerei Sinner-Aktien zu 850% und Mannheim. Aktienbrauerei (Mayerhof) Aktien zu 860%. In Rhein. Creditbank-Aktien war Geschäft zu 275%.

Dollarkurs 1460 Mark.

Waren und Märkte.

Berliner Metallbörse vom 31. August.

Preise in Mark für 1 Kg.

	30. Aug.	31. Aug.		30. Aug.	31. Aug.
Elektrolytkupfer	43422	57192	Aluminium i. Barr.	632.50	693.50
Raffinadekupfer	410—430	490—510	Zinn, ausländ.	1170—1190	1261—1275
Blei	173—185	190—200	Hüttenzinn	1110—1120	1245—1255
Rohzink (Vb.-Pr.)	14326	21340	Nickel	860—880	105—111
do. (fr. Verk.)	210—230	240—260	Antimon	150—160	175—185
Plattenzink	180—190	190—200	Silber für 1 kg.	45000-45500	50000-51000
Aluminium	630.—	691.—	Platin p. Gr.	—	—

Amerikanischer Funkdienst.

New York, 31. August (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	30.	31.		30.	31.		30.	31.
			Zuf. zus.	21000	20000	stand wt.	11.50	11.50
Kaffee loko	10.—	10.—	Elektrolyt	14.—	14.—	Cred. Bal.	3.—	3.—
Septemb.	9.38	9.40	Zinn loko	32.25	32.50	Zuck. Centrf	5.18	5.28
Dezemb.	9.36	9.48	Blei	5.85	5.90	Terpentin	123.—	123.—
März	9.38	9.31	Zink	6.25	6.25	Savannah	116.50	117.25
Mai	9.37	9.31	Eisen	33.—	33.—	B. Ori Baum.	22.—	22.—
Juli	9.37	9.30	Weißblech	4.75	4.75	Weizen rot	117.—	118.—
Baumw. loko	22.85	22.70	Schmalz wt.	11.30	11.30	Hart loko	123.50	117.50
August	—.—	—.—	Talg	7.—	7.—	Mais loko	78.—	77.—
September	22.34	22.28	Baumwsatöl	9.33	9.92	Mehl niedr. P.	5.25	5.25
Oktober	22.48	22.45	Sept.	9.11	9.61	höchst Pr.	6.—	6.—
November	22.61	22.54	Petrol. cases	15.50	15.50	Getrdfr Engl.	2.04	2.04
Dezember	22.64	22.62	tanks	5.50	5.50	Kontinent	11.—	11.—

Chicago, 31. August (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	30.	31.		30.	31.		30.	31.
Weizen Sept.	101.15	99.15	Roggen Dez.	63.25	63.15	Schweine		
„ Dez.	101.85	106.13	Schmalz	10.90	10.25	leicht niedr.	8.40	8.40
Mais Sept.	59.15	59.15	„ Okt.	10.30	10.30	höchst.	9.75	9.85
„ Dez.	54.15	54.60	Pork Sept.	—.—	—.—	schw. niedr.	7.70	7.75
Hafer Sept.	31.05	31.50	Rippen Sept.	9.80	9.70	höchst.	9.25	9.30
„ Dez.	33.83	33.15	Speck niedr.	9.50	7.50	Zuf. Chicago	16000	21000
Roggen Sept.	66.85	66.65	höchst.	10.50	10.50	Westen	97.00	78.00

Liverpool, 31. August (WB) Baumwolle. (in engl. Pfd. v. 454 g.)

	30.	31.		30.	31.		30.	31.
						September	17.40	17.40
Umsatz	6.00	1000	Oktober	12.88	12.61	Alexandria	25.63	36.41
Import	8150	1731	November	12.78	12.56	Januar	36.53	37.31
August	13.21	12.61	Dezember	12.71	12.49	Oberägypt.	26.13	28.90
Sept.	13.03	12.80	Aegyptische	17.15	17.25	Oktober	27.—	27.55

London, 31. August (WB) Metallmarkt. (in Lst. für d. engl. t. v. 1016 kg.)

	30.	31.		30.	31.		30.	31.
			bestselect.	65.50	65.15	Blei	24.30	24.50
Kupfer Kassa	62.—	62.75	Nickel	170.—	150.—	Zink rept.	30.15	30.85
do. 3 Monat	64.25	63.—	Zinn Kassa	163.50	163.50	Quecksilber	12.50	12.50
do. Elektrol.	68.—	68.70	do. 3 Monat	160.75	160.75	Antimon	34.—	34.—

Leinsaatnotierungen. Buenos Aires für Monat September 18,— (17,65) arg. Pes., Oktober 17,85 (17,55) arg. Pes., Rosario für Monat September 17,65 (17,55) argent. Pesetas.

Leinölnotierungen. Preis ab Holland, garantiert reines, rohes Oel per 100 kg inkl. Holzfaß, Originaltara, Abgangsgewicht, fob oder bahnfrei prompt 45,50 (44,75) fl., September 43,50 (43,—) fl., Oktober 42,75 (42,25) fl., Oktober-Dezember 42,— (41,25) fl., Januar-April 40,— (39,25) fl.

Das Goldzollaufgeld. Es beträgt das Goldzollaufgeld für die Zeit vom 6. bis einschließlich 12. September 28 900.

Bargeldmangel. Die ungeheure Geldentwertung der letzten Tage hat eine engverkettete Folge nach sich gezogen — den neuerlichen Mangel an Zahlungsmitteln. Dieser Mangel, der vor einigen Wochen infolge des Buchdruckerstreiks schon einmal recht empfindlich an den einzelnen Staatsbürger herangetreten ist, wiederholt sich jetzt in verstärkter Form. Seit dem Buchdruckerstreik arbeitet die Reichsdruckerei mit ihren Notenpressen in ununterbrochener Tag- und Nachtschicht, ohne den riesigen Geldbedarf aber decken zu können. Die Reichsbank hat sich gezwungen gesehen, die geforderten Zahlungen, soweit es sich um Lohnbeträge handelte, stark einzuschränken. Ganz große Summen bezahlte sie nur bis zu 40 und 60% bar, während der Rest mit Schecks in Zahlung genommen werden mußte. Obwohl die Reichsbank ihren Diskont in den letzten Tagen auf 7% heraufgesetzt hat, glauben die Finanzfachkreise doch nicht, daß dadurch für das Institut eine Erleichterung geschaffen wird. Geld stellte sich an der Börse über den Ultimo hinaus für Darlehen gegen Verpfändung von Dividendenpapieren auf 7—9% und mehr, während für Prolongation von Devisen, der sich noch weit größere Schwierigkeiten in den Weg stellten, noch höhere Zinsen bezahlt werden mußten. Das Bild ist also trostlos wie noch nie. Auch wenn die Reichsdruckerei ihre Banknotenabteilung noch erheblich erweitert, so ist das nur illusorisch, da die Mark anscheinend noch schneller fällt, als die schnellste Notenpresse drucken kann.

Ueberdruck der Steuerzeichen für Tabakerzeugnisse. Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß beim Verkauf von Zigarren in Kisten, die mit überdruckten Steuerzeichen versehen waren, den Händlern der Vorwurf gemacht wurde, daß sie die Steuerzeichen der zu billigen Preisen eingekauften Zigarren selbst überdruckt hätten, um daraus einen ungerechtfertigten Verdienst zu erzielen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß der Ueberdruck der Steuerzeichen für alle Tabakerzeugnisse durch die Reichsdruckerei oder unter amtlicher Ueberwachung geschieht, und daß seitens der Behörde auch der dem Ueberdruck entsprechend höhere Steuerbetrag erhoben ist und wird. Der Ueberdruck ist eine Notmaßnahme der Behörden, um die Verwendung der noch vorhandenen Vorräte an Tabaksteuerzeichen für niedrigere Preislagen, die infolge der allgemeinen Preissteigerung der Tabakwaren nicht mehr benützt werden, für höhere Preislagen verwendbar zu machen.

Neue Preise für Einsteckschlösser. Wie uns der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld mitteilt, setzt der Türschloß-Verband Gruppe „Einsteckschlösser" mit Wirkung vom 30. Aug. die Verkaufsaufschläge für Buntbartschlösser im Inland auf 7500%, für Chubbschlösser auf 6800% und für lose Schlüssel auf 7000%. Nach dem Ausland mit schwacher Valuta werden Buntbartschlösser mit 7900%, Chubbschlösser mit 7200% und lose Schlüssel mit 7400% Aufschlag geliefert. Die Devisenpreise für das valutastarke Ausland bleiben bestehen. Vorstehende Preise sind freibleibend. Es kommen die am Tage der Lieferung gültigen Preise ohne Voranzeige zur Berechnung.

Umbau des Börsengebäudes in Frankfurt a/M. Die Entwertung der Mark und die damit verbundene ungeheure Steigerung der Baumaterialienpreise und Löhne haben die Handelskammer vor die Frage gestellt, ob unter den gegenwärtigen gänzlich veränderten Verhältnissen der Umbau des Börsengebäudes überhaupt noch ausführbar sei. In der Vollversammlung der Handelskammer vom 29. August 1922 wurde ein Beschluß darüber, ob der Neubau definitiv eingestellt werden soll, nicht gefaßt, vielmehr soll zunächst das Sachverständigen-Gutachten abgewartet und die Finanzierung des Projekts einer erneuten Nachprüfung unterzogen werden.

Gegen die Zwangswirtschaft. Der Reichsverband des Deutschen Ein- und Ausfuhrhandels hat an den Reichskanzler und den Reichswirtschaftsminister das nachstehende Telegramm gerichtet: Der Reichsverband des Deutschen Ein- und Ausfuhrhandels erhebt schärfsten Einspruch gegen die Forderungen der Gewerkschaften auf Rückkehr zur Zwangswirtschaft. Forderungen wie die der Festsetzung eines Zwangskurses der Mark, Rückkehr zu Höchstpreisen, Uebernahme des Ein- und Ausfuhrhandels und des gesamten Devisenhandels durch die Reichsregierung sind wirtschaftliche Unmöglichkeiten und Mittel zur Vollendung der Erdrosselung jeder Produktionsleistung der deutschen Wirtschaft. Insonderheit würde die Absperrung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft automatisch der deutschen Wirtschaft die Mittel zur Fortsetzung der Produktion sowie der Brotzufuhr entziehen. Wirtschaftliche Auflösung und politisches Chaos wären die unausbleiblichen Folgen der in Rußland ausreichend als verheerend erprobten Zwangsmaßnahmen.

Eisenwerk Kaiserslautern erhöht das Aktienkapital um 12 auf 24,6 Millionen ℳ.

Eine wichtige Entscheidung für Reisende. Wer ohne Fahrkarte im Eisenbahnzuge betroffen wird oder die Fahrkarte verloren hat und den Verlust nicht sofort genügend glaubhaft machen kann, hat nach der Verkehrsordnung für die ganze Reisestrecke den doppelten Fahrpreis zu entrichten. Unlängst wurde nun lt. „Magdeb. Ztg." in dieser Frage eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt. Ein Reisender fand bei der Kontrolle seine Fahrkarte nicht und wurde von dem Beamten angezeigt. Der Reisende weigerte sich aber, die Strafe zu zahlen mit dem Hinweis, daß er an der Bahnsteigsperre eine Karte besessen und ein anderer sie gesehen habe. Das Gericht sprach den Mann frei mit der Begründung, es komme nicht darauf an, ob der Angeklagte die Karte verloren, sondern ob er sie besessen habe. Letzteres sei durch den Zeugen bewiesen worden.

Bericht über den Stand der Hopfenpflanze. Die Hopfen-Großhandlung Gustav Buxbaum, Bamberg, schreibt uns: Nach einer nicht schlechten Ueberwinterung hat die überraschend abwechselnde, bald extrem heiße, bald extrem kalte Temperatur der Frühjahrs- und Frühsommermonate das Wachstum der Pflanze stark beeinträchtigt und war besonders der Entstehung von Ungeziefer günstig. Auch Hagelschlag hat das Produkt strichweise geschädigt. Die Spätsommermonate haben wenigstens großenteils hier eine Besserung gebracht und vor allem die Ungezieferplage nahezu beseitigt. So wird man im allgemeinen mit einer Mittelernte rechnen können. Die Anbaufläche zeigte für das Deutsche Reich im Jahre 1921 folgendes Bild: Bayern 5318 ha (9526 ha im Jahre 1914), Preußen 146 ha (1044), Württemberg 1206 ha (3316) und Baden 266 ha (1052), d. h. insgesamt 11 279 ha (23 445).

Ueber die übrigen Hopfenbaugebiete, die zur früheren österreichischen Monarchie gehörten und nun in das Gebiet der Nachfolgestaaten übergegangen sind, liegt authentisches Material nicht vor. Schon aus diesem Grunde müssen sie aus einer Betrachtung ausscheiden.

Die Meldungen aus den Produktionsgebieten über den Ertrag lauten verschieden; im einzelnen schätzt man den Ausfall wie folgt:

Deutsches Reich:

	Angebaute Fläche 1922 ha	Ernte-Schätzung	geschätzter Ertrag pro ha	voraussichtlich. Ergebnis in Zentnern
1. Bayern:				
Hallertau	ca. 5400	schw. Mittelernte	ca. 10	ca. 54000
Spalt	ca. 1200	gute Mittelernte	ca. 10	ca. 12000
Aischgrund	ca. 500	schw. Mittelernte	ca. 7	ca. 3500
Gebirg u. Markt	ca. 2700	gute Mittelernte	ca. 10	ca. 27000
Sonstige Lagen	ca. 100	gute Mittelernte	ca. 8	ca. 800
2. Preußen:	ca. 150	Mittelernte	ca. 10	ca. 1500
3. Württemberg:	ca. 1300	Mittelernte	ca. 7	ca. 9100
4. Baden:	ca. 300	gute Mittelernte	ca. 10	ca. 3000
	ca. 11650	Mittelernte	ca. 10	ca. 110900

Zu diesen Ziffern kommen für das Weltmarktgebiet noch die Hopfenernten in Belgien und Frankreich, wo man mit einem Erträgnis von ca. 70 000 Ztr. rechnet, in England, das man mit ca. 180 000 Ztr. und in Amerika, das man mit ca. 150 000 Ballen annehmen darf. Alle diese Gebiete wären selbst bei Rekordernten nach Deutschland nicht ausfuhrfähig. Ganz abgesehen von dem zurzeit für diese Hopfen (mit Ausnahme der durch Friedensvertrag geregelten zollfreien Einfuhr von 30 000 Ztr. elsässischer Ware) bestehenden Einfuhrverbot, ließe die hochwertige Valuta dieser Länder und der hohe Goldzollaufschlag einen Import kaum zu. Dasselbe gilt auch für das tschechoslowakische Hopfenbaugebiet, da die aktive tschecho-slowakische Handelsbilanz in viel stärkerem Ausmaße als im vergangenen Jahre die tschechische Krone dem Auslandswert angepaßt hat.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Septbr.

Pegelstation vom Rhein	27.	28.	29.	30.	31.	1.	Bemerkungen
Schusterinsel	2.22	2.17	2.13	1.95	2.00	2.12	Abends 6 Uhr
Kehl	3.23	3.14	3.10	3.04	3.00	2.90	Nachm. 2 Uhr
Maxau	5.01	4.97	4.89	4.79	4.75	4.67	Nachm. 2 Uhr
Mannheim	4.27	4.11	3.97	3.87	3.77	3.63	Morgens 7 Uhr
Mainz							F.-N. 12 Uhr
Caub	2.76	2.77	2.70	2.64	2.50		Vorm. 9 Uhr
Köln	2.64	2.65	2.38	2.55	2.47		Nachm. 2 Uhr
vom Neckar:							
Mannheim	4.15	4.00	3.96	3.76	3.68	3.63	Vorm. 7 Uhr
Heilbronn	0.50	0.45	0.42	0.42	0.37	0.36	Vorm. 7 Uhr

Bet. heiter + 10°.

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2.
Direktion, Ferdinand Heyme. — Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Hammes; für Handel: Nis Petersen; für Feuilleton: Alfred Maderno; für Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: Richard Schönfelder; für Anzeigen: Karl Hügel.

Geschäfts-Empfehlung.

Dem verehrl. Publikum von Mannheim und Umgebung teilen wir hierdurch mit, daß wir heute unter der Firma

Tuchhaus Neckarstadt, Mittelstraße 33a

ein Spezialgeschäft für

Herren- u. Damenstoffe

eröffnet haben. Wir empfehlen dem werten Publikum Einkäufe noch raschmöglichst zu erledigen, da wir noch billig verkaufen können. 8396

Wir bitten um geneigten Zuspruch

Tuchhaus Neckarstadt

Inhaber B. Baron u. A. Wollrauch

Mittelstrasse 33a.

Künstlertheater „Apollo"

Heute abend 7½ Uhr
Eröffnung der XVI. Varieté-Spielzeit
Künstl. Leitung: **Dir. S. Zacharias.**
Ein internationales
Star-Programm.
Vorverkauf: von 10—1 und 3—6 Uhr täglich in der Theaterkasse (Büro) G 6, 3, Hoffmann, B 1, 1, A. Strauss, Zigarren, E 1, 13, A. Strauss, Zigarren, Rheinbrückenhaus. S266

TROCADERO

Mannheim, G 6, 3.

Alfred Landory vom National-Theater Mannheim a. G., **Grete Breté** und die weiteren erstklassigen Attraktionen. S4
Kunst. Tanz. Humor.
Vornehme Gemütlichkeit / Kein Weinzwang.
Einlaß 7 Uhr. Beginn 7.30 Uhr.
Inh. **Ed. Ringer.**

A.-D.

Apollo-Diele, Mannheim, G 6, 3.

Freitag, 1. September Eröffnung.
Erlg. amerik. Jazz-Band-Tanz-Musik.
Kein Weinzwang. Eintritt frei.
S4 Inh. **Ed. Ringer.**

Groß-Wanderschau Henny

gen. der europäische
Barnum u. Bailey
Mannheim, Meßplatz 8298
Tägl. 8 Uhr
„Das Programm der Sensationen"
Täglich ununterbrochen
Raubtierschau
sowie von 10—12 Uhr große Probe.
Vorverkauf: Zigarrengeschäft Hoffmann und ab 10 Uhr vorm. ununterbroch. an d. Circuskassen

Von der Reise zurück
Dr. C. Bossert
prakt. Zahnarzt
E 2, 1 Tel. 4170 *9215

Ab heute!
Nur bis einschl. Montag!
Die fliegenden Briganten

Abenteurerfilm in zwei Teilen und zehn Akten.
I. Teil: Der Dieb seines Eigentums
Fünf spannende, sensationelle Akte. S272
In den Hauptrollen:
Lya Sellin, Elli Neubeck und Fred Stranz.

Amerikanische Aristokratie
Eine lustige, aber nachdenkliche Geschichte in vier Kapit.
Anfang 5 Uhr — Letzte Vorstellung 8 Uhr
Schauburg

UT Union-Theater
P 6, 23/24 Tel. 867
Heute bis einschl. 7. September
Der grosse Ausstattungsfilm
mit
Gina Relly und Erich Kaiser-Tietz
Sünden von gestern!

Drama in fünf Akten nach dem Roman von **Sven Elvestade.**
Außerdem: S284
Chaplin — Klaut 'nen Regenschirm. Burleske.
Tippelpaule unter Kaltwasser — Burleske mit **Paul Grätz**
Beginn wochentags um 4.30. 6.20 und 8.15 Uhr. Sonntags: Beginn um 4 Uhr. Kassenöffnung um 3 Uhr.

Kammer-Lichtspiele

Ab heute und täglich der mit ungeheurem Kostenaufwand hergestellte grösste histor. Prunkfilm der Welt:
Joseph in Aegypten und seine Brüder

Nach der Geschichte einzigartig bearbeitet, übertrifft dieses Werk alles bis jetzt Dagewesene und findet in 6 gewaltigen Kapiteln seinen Abschluss.
Kurze Inhaltsangabe.
Trübe Jugendjahre. - Der Sklavenmarkt. - Joseph wird verkauft. - Die Begegnung des Jünglings mit der Frau des Oberkämmerers Potiphar. - Die Rache der Verschmähten. - Hinter Kerkermauern. - Die Traumdeutung. - Die sieben mageren und die sieben fetten Jahre - Josephs Krönung zum Vizekönig von Aegypten. - Die prunkvolle Hochzeit mit Asenath, der schönen Tochter des Priesters Heleopolis - Des Landes Wohlstand. - Die Hungersnot der Nachbarländer. - Der Retter in der Not. S266
Ferner im gleichen Programm:
Robinson Crusoe

Nach der bekannten Jugenderzählung (4 Akten)
Jugendliche haben Zutritt und zahlen zu den ersten beiden Vorstellungen bis
6 Uhr halbe Preise.
Kassenöffnung täglich 2 Uhr
Beginn der Vorstellungen pünktlich 2.30 — Sonntags 2 Uhr

Danksagung.

Für die uns erwiesene herzliche Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, Vaters und Schwiegervaters
Herrn Ludwig Pitschen
sagen wir innigen Dank. Besonders danken wir Herrn Stadtvikar Keller für seine trostreichen Worte und den Niederbronner Schwestern für die liebevolle Pflege. *9238
Mannheim, den 1. September 1922.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Kurt Friedrich! Die glückliche Geburt eines kräftigen
STAMMHALTERS
zeigen an *9231
Dr. med. Th. Wacker u. Frau Felicitas, geb. Laux
Mannheim-Sandhofen, 30. August 1922.

Mannheimer Bank

Aktien-Gesellschaft
Zweiganstalt der Rheinischen Creditbank
Hauptbureau: **L 1, 2** Teleph. 7280—7283
Spar- und Depositenkasse **Q 2, 5** Teleph. 6167
Postscheckkonto Karlsruhe No. 16930
Besorgung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten
Annahme von **Spar-Einlagen**
in jeder Höhe bei höchstmöglicher Verzinsung je nach Kündigungsfrist. 512

Gestohlen

wurde mir gestern Nachmittag aus einer Kabine der Badeanstalt Herweck meine *9230
goldene Herren-Remontoir-Uhr
mit eingraviertem Monogramm A. H. am Sprungdeckel. Am Innendeckel befindet sich eine eingravierte Widmung zu einem Gedenktag Dezember 1894. Sachdienliche Mitteilungen bei der Kriminalpolizei Schloß, die zur Wiedererlangung der Uhr führen werden, hoch belohnt, da es sich um ein teures Andenken handelt. Vor Ankauf wird gewarnt.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Die Gebühren für die Benützung der Einrichtungen des Herschelbades werden entsprechend dem heutigen Aufwand für Brennmaterial, Gehälter und Löhne erhöht und u. a. wie folgt festgelegt: 70

Für ein Wellenbad	35 M.
Für das Familienbad	35 M.
Für ein Schwimmbad	24 M. (Erwachs.)
Für ein Schwimmbad	15 M. (Kinder)
Für ein Schwimmbad i. d. 3. Halle	20 M. (Erwachs.)
Für ein Schwimmbad i. d. 3. Halle	10 M. (Kinder)
Für ein Wannenbad 1. Klasse	80 M.
Für ein Wannenbad 2. Klasse	45 M.
Für ein Dampfbad	150 M.
Für ein elektr. Lichtbad	150 M.

Die Preise für Halbdutzendkarten, Vereinsveranstaltungen, sowie für die Inanspruchnahme der übrigen Einrichtungen des Herschelbades wie: Schwimmunterricht, Leihgebühr für Badewäsche usw. sind gleichfalls entsprechend erhöht worden.

Von Samstag, den 2. September ab: Je 750 Gramm Brot auf die Marken Nr. 84 u. 85. (63)
In der Zeit vom 26. 8. — 1. 9. 22 wurden aufgerufen: Brot: Je 750 Gramm auf die Marken Nr. 89 und 90. 63

Der brennende Acker

6 Akte von Willy Haas. • Thea von Harbou. • Arthur Rosen.
Regie: F. W. Murnau. S277
Darsteller: Werner Krauss - Eugen Klöpfer - Wladimir Gaidarow - Alfred Abel - Eduard von Winterstein Stella Arbenina - Grete Diercks - Lya de Putti u. a.

Kritiken der Zeitungen:
... Mit feinem künstlerischen Geschmack hat F. W. Murnau die Regie geführt und zweifellos kraft seines sicheren Blicks für bildhaft starke Wirkungen den Gedankengang zu einem gestraffren, ergreifenden Werk geführt. Einzelne der stimmungsvollen, malerischen Bilder dieses Films werden lange im Gedächtnis bleiben. **8 Uhr-Abendblatt.**
... zu den wertvollsten Filmkunstwerken. Diesen Film hat ein Mensch geschrieben, der uns wirklich was zu geben hat. **Berl. Lokalanzeiger.**
... Damit beginnt eine neue Epoche im Film, eine wertvolle. Es scheint, hier wurde zum ersten Male eine Filmdichtung geschaffen. Ein Werk, das von groben Wirklichkeiten losgelöste, tiefe, allgemeine, menschliche Beziehungen und Zusammenhänge mit dichterischer Größe für den Film verwendete. **Vorwärts.**
... Man muß diesen Film als einen der größten Erfolge deutscher Lichtspielkunst bezeichnen. **Danziger Zeitung.**
... Photographisch ist mit großer Feinheit gearbeitet; entzückend sind viele Winterbilder. **Münch. Neueste Nachr.**
... Jeder Charakter ist typisch u. scharf herausgearbeitet, auch die kleinste Rolle mit verständnisvollen Künstlern besetzt. Eine hohe Summe von Darstellungskunst, tief wirkendem Kammerspiel. **B. Z. am Mittag.**

Verstärktes Orchester. — Vorstellungen 4, 6 und 8 Uhr.
Palast-Theater

Kauf-Gesuche

Größeres Geschäftshaus
mögl. in zentr. Lage mit ca. 300 qm Werkstätte die baldigst beziehbar
zu kaufen gesucht.
Auf Wunsch Barauszahlung. — Angebote unter O. P. 11 an **Rudolf Mosse, Mannheim.** *9210

Wohn-, Geschäfts- u. Privathäuser
jeder Art stets für kapitalkräftige Käufer gesucht. Angebote an das Immobilien-Büro **Weber, O 6, 1.** Teleph. 9020 B6617

Mehrere 3507
Schleppdampfer sowie **Rheinkähne**
von beliebig. Größe sowie **Dampffährponten Gierponten und Anlegebrücken**
für Passagierdampfer sofort zu kaufen gesucht.
Rhein u. Ruhr Schleppschiff-fahrts-Handelsgesellschaft, Duisburg-Ruhrort, Schifferbörse.

Guterh. Teppich
2×3 m, zu **kaufen gesucht.** *9131
Angeb. u. F. K. 81 an die Geschäftsstelle.

Ladenregal
mit Schubladen zu kaufen gesucht. *9180
Sandhof., Ecke Birnbaum und Falkenstraße.

Gebraucht. Drei-Rad
mögl. mit Kastenaufsatz zu kaufen gesucht. *9184
Angebote mit Preisangabe unter G. E. 1 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Guterhalt. Anzug
mittl. Figur zu kaufen gesucht.
Schuster, Theodkrstr. 10

Einige kleine
Perser Verbindungsstücke
evtl. auch ein 3487
Seiden-Gebets-Teppich
zu kaufen gesucht. Ang. u. Y. T. 168 an d. Gesch.

Zum höchsten Tagespreis
kaufe ich Alteisen, sowie Metalle, Lumpen, Papier, Flaschen. *9218
Wagner
Schwetzingerstraße 53 Tel. 4403,
Kirchenstr. 20, Tel. 8033.

Alte Gebisse
kauft zu den höchsten Tagespreisen. 280
Brym, G 4, 10, II Tr.

Verkäufe

Erfindung.
Massenartikel, gewährleistet enormen Absatz, zu verkaufen. *9204
Angeb. unt. G. O. 10 an die Geschäftsstelle.

Gebrauchte, polierte
Bettstelle mit Rost
Gehrock-Anzug
für gr., starke Fig., b. abz. Nuß. Waldhof, Tannenstraße 3, 2. St. *9189

Fast neues *9227
Jackenkleid
(grau) Gr. 42,
Prismen-Feldstecher
12×, zu verkaufen. **Gr. Wiederrecht, A 3, 4.**

Herren- und Damen-Räder, neu, noch preisw. zu verkaufen. *9221
Lösch, J 4a, 5.

Eleg. Teppich (3×4), **Kommode, woll. Bettdecken, Bettlade m. Rost, Ueberzieher u. s. w.** abzugeben. **Berger** bei Sonnemann, Heinrich-Lanzstr. 34. *9217

Büfett
nußbaum poliert, fast neu z. verk. Zu erfr. Semperle, Augartenstr. 38 III. *9235

2 junge Wolfshunde
(Stammbaum), 12 Woch. alt zu verk. Bürich, Lindenhofstr. 18, zw. 4 und 7 Uhr. B6605

Offene Stellen

Chemische Fabrik
(Aktiengesellschaft)
sucht zum baldmöglichsten Eintritt
jüng. Herrn
mit abgeschlossener kaufmännischer Lehre und gediegenen buchhalterischen Kenntnissen, zur Führung von Betriebskontrollbüchern. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf unter Kennwort „Sekretariat" unt. Z. N. 187 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten. 8292

Jüngerer Lagerist
(nicht über 25 Jahre) zur Verwaltung eines großen Papier- und Reklamematerial-lagers sowie zur Kartothekführung per sofort oder später von hiesigem
großindustriellen Unternehmen
gesucht. Ausführl. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Bild unter Y. V. 170 an die Geschäftsstelle. 8218

Tüchtige Stenotypistin
Anfängerin ausgeschlossen
per sofort gesucht.
Zuschr. u. U. P. 184 an die Geschäftsst. *8394

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
2 junge Ausläufer
nicht über 17 Jahre. — Vorzustellen bei Firma:
„Batavia" Zigarren- u. Rauchtabakhandelsgesellschaft m. b. H.
Mannheim, Tattersallstraße 56. 8252

Tüchtiges Mädchen
zu kleiner Familie gegen hohen Lohn per sofort oder 15. 9. *9191
gesucht.
Schuhreparaturen werden vergütet. Elisabethstr. 5 part. links.

Hausmädchen sowie *5909
Kindermädchen
das nähen kann, bei sehr guter Bezahlung gesucht.
Lussheimer
Luisenstraße 15, III.

Vollständiges, ehrliches
Mädchen
mit Zeugn., zu 4 erwachs. Personen per sofort ges. 3469 **N 7, 1a.**

Mädchen
welches möglichst kochen kann, für kleinen Haushalt gesucht. *9212
Landsberger,
Kleine Merzelstraße 5.

Tüchtiges Alleinmädchen
gegen hohen Lohn sofort od. später gesucht.
L 6, 14, 1 rechts.

Chauffeur
Führerschein Klasse 2 u. 3b sucht Stellung, auch als Aushilfe. Angeb. unt. D. R. 38 an die Gesch. B6604

Tüchtige
Schuhverkäuferin
in Dekoration bewandert, sucht sof. Stellung. Angeb. unt. G. J. 3 an die Geschäftsstelle. *9203

Junges Fräulein
Handelsschulbildung, sucht für nachmittags Beschäftigung. *9216
Angeb. unt. G. R. 12 an die Geschäftsstelle.

Miet-Gesuche

Möblierte Wohnung
eventl. mit Anschluß bei alleinstehender Dame und bei eventl. Uebernahme der Wohnung- u. Verpflegungskosten von jung. Ehepaar (selbständ. Kaufmann) 8265
gesucht.
—Angeb. m. leeren Räumen m. bevorzugt— Zuschr. u. Z. B. 176 an die Geschäftsst. d. Bl.

2 möblierte Zimmer
mit
Küchenbenutzung
in besserem Hause, in ruhiger Lage, von solidem, jungen Ehepaar per sofort oder später 8294
gesucht.
Gefl. Angebote unter Z. O. 188 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

2-3 Büroräume oder Wohnung
per sofort zu mieten gesucht. B6600
Angebote an **Dr. Grey, Parkhotel.**

Wohnungstausch
Neckargericht 4 Zimmerwohnung, neues Haus, Elektr. Licht nähe Marktplatz gegen eine 4—5 Zimmerwohng. Oberstadt Parkring oder Oststadt evtl. Hauskauf. B6610
Ang. Postf. 305 Mannh.

Anständiges Servierfräulein sucht B6608
möbl. Zimmer
für sofort.
Angeb. u. E. B. 48 an die Geschäftsstelle.

Möbliert. Zimmer
gesucht, möglichst Nähe Fd. Angebote unt. E. Q. 63 an die Geschäftsst. B6614

Anständig. jung. Ehep. kinderl., sucht in besserem Hause leeres
Zimmer
oder möbliertes
wofür d Frau gerne bereit wäre, ab 4 Uhr nachm. kl. häusl. Arbeit. zu verricht. Wert. Ang. u. E G. 53 a. d. Geschäftsst. B6609

Lagerraum
zu mieten gesucht. Gefl. Angeb. unt. E. M. 58 an die Geschäftsstelle. B6611

Garten- u. Hausarbeit
jeder Art. Holzspalten besorgt **Karl Ueberle,** Neckarau, Luisenstr. 32. *9190

Brillanten
Altgold- u. Silbergegenstände, Zahngebisse und Brennstifte werden zu den höchsten Tagespreisen angekauft. 6234
Wertheim, T 3, 3
Telephon 8402.

Kaufe gebr. Möbel
all. Art. Postk. gen. B6612
D. Weberhaft, T 3, 1a, Laden.

Vermischtes.

Warnung. *9182
Ich warne hiermit jedermann meinem Sohne
Karl Seibel Schriftsetzer
auf meinen Namen etwas zu leihen oder zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
Jean Seibel, Mannheim, E 7, 3

Witwe sucht Heimarbeit
Offerten unter G. L. 7 an die Geschäftsst. *9201

Heirat.

Neigungsehe
mit tiefdenkenden, feinveranlagt. Herrn, gebildeten Alters, wünscht Blondine in den 30 Jahren, eig. Kind, evang., tadelloser Lebenswandel, sehr häuslich, Sinn für alles Gute und Schöne. Nichtanonyme Briefe unter G. F. 2 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *9193
Vermittler zwecklos.

Herr in best. Stell. wünscht mit netten, häuslichen Mädel nicht üb. 17 Jahren zwecks gemeinsamer geselligen Bekanntschaft, Besuch von Theatern, Konzerten etc. zwecks späterer Heirat kennen zu lernen. *9218

Heirat
Vermög. nicht unbedingt erforderl. Gefl. Zuschriften mit Bild, das sofort zurück geht unter G. T. 15 an die Geschäftsst. erbet.